



Mitteilungen der Gesellschaft Oktober 2019

Die Deutsche Gesellschaft für Internationales Recht trauert um

Heinhard Steiger (1933-2019)

Ein Nachruf

Eine „gemeinsame normative Ordnung“ war für Heinhard Steiger keine hinreichende, aber vielleicht doch eine notwendige Bedingung dafür, dass die in territorialen Verbänden organisierten Menschen „in friedlichen Beziehungen“ leben konnten. Das kommt paradigmatisch in seiner in vielfältiger Weise beeindruckenden völkerrechtshistorischen Monographie „Die Ordnung der Welt – eine Völkerrechtsgeschichte des karolingischen Zeitalters (741 bis 840)“ (Köln/Weimar/Wien 2010) zum Ausdruck, lässt sich aber fast wie ein roter Faden durch sein Denken, Schreiben und Lehren verfolgen. Wertgebunden und zugleich wissenschaftlich neugierig, nachdenklich und doch Position beziehend, bescheiden in sich ruhend und gleichwohl unglaublich produktiv – so hat er über Jahrzehnte auf unsere Wissenschaft eingewirkt. Wir trauern mit seiner Familie um einen ausgesprochen liebenswerten Kollegen. Der Austausch mit ihm wird uns fehlen.

Geboren 1933 in Ratibor, führten ihn mehrere kriegsbedingte Schulwechsel nach Münster. Das Studium der Rechtswissenschaft begann er 1953 in Freiburg i.Br., gelangte dann aber über Paris zurück nach Münster und legte dort 1957 das erste, 1963 in Düsseldorf das zweite Staatsexamen ab. 1958/1959 studierte Heinhard Steiger an der Law School der Universität Harvard in Cambridge/Massachusetts und erwarb dort den Master of Laws mit einer Untersuchung zum Verhältnis zwischen den Vereinten Nationen und den Sonderorganisationen. Seine Promotion in Münster (1963) über „Staatlichkeit und Überstaatlichkeit. Eine Untersuchung zur rechtlichen und politischen Stellung der Europäischen Gemeinschaften“ (Berlin 1966) thematisierte den territorialen Verband in der europäischen Nachkriegs- und Friedensordnung. Auf die Münsteraner Habilitationsschrift „Organisatorische Grundlagen des parlamentarischen Regierungssystems. Eine Untersuchung zur rechtlichen Stellung des Deutschen Bundestages“ (Berlin 1973) folgte 1975 seine wegweisende umweltrechtliche Veröffentlichung „Mensch und Umwelt – Zur Frage der Einführung eines Umweltgrundrechts“ (Berlin). Von 1975 bis zu seiner Emeritierung 2001 hatte er die Professur für Öffentliches Recht, insbesondere Völkerrecht,

Recht der internationalen Organisationen und Europarecht an der Justus-Liebig-Universität in Gießen inne. Er blieb der Professur auch nach seiner Emeritierung eng verbunden.

Heinhard Steigers Interessen waren vielfältig. Sie erstreckten sich vom Verfassungsrecht und der Allgemeinen Staatslehre über das Umweltrecht bis hin zum Völkerrecht und zur Völkerrechtsgeschichte. Seine Arbeiten waren naturrechtlich geprägt, geisteswissenschaftlich fundiert und politisch informiert.

So lässt sich in seinen verfassungsrechtlichen Schriften ein stetes Ringen um die Bedeutung christlicher Werte in einer säkularen Verfassungsordnung ausmachen. In der Festschrift für Helmut Schelsky zum 65. Geburtstag äußerte er sich „Zur innenpolitischen Neutralität des Staates“ (1978). „Verfassungsgarantie und sozialer Wandel“ am „Beispiel von Ehe und Familie“ waren das Thema seines Vortrags vor der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer (erschienen 1987). Vergleichbare wertorientierte Positionierungen in einer offenen Gesellschaft finden sich auch in zwei lesenswerten Beiträgen, die er für Martin Kriele und Karl Lehmann, ihm eng verbundene Freunde, verfasste: „Religion und Religionsfreiheit im neutralen Staat“ in der Festschrift für Martin Kriele (München 1997) und „„Verantwortung vor Gott und den Menschen ...?““ in der Festschrift für Karl Lehmann (Freiburg/Basel/Wien 2001). Im Streit um das Kopftuch plädierte er in einem 2004 erschienen Beitrag für eine aktive Neutralität.

Besonders am Herzen lag ihm die Entwicklung des Umweltrechts. Seine Mitarbeit im Arbeitskreis Umweltrecht war für ihn persönlich, wissenschaftlich und politisch fruchtbringend. 1976 erschien in deutscher und englischer Sprache „Umweltschutzrecht und -verwaltung in der Bundesrepublik Deutschland“ (zusammen mit Otto Kimminich). Das Naturschutzrecht und der Erhalt der Artenvielfalt waren Heinhard Steiger ein zentrales Anliegen, das etwa in einem Beitrag „Die rechtliche Bedeutung der Ziele und Grundsätze des Bundesnaturschutzgesetzes und der Ländernaturschutzgesetze“ (1981) zum Ausdruck kommt. Durchaus streitbar konnte er sein, wenn es um den Einsatz ökonomischer Instrumente zur Erreichung ökologischer Ziele ging – auch wenn sich das nicht zwingend in Veröffentlichungen niederschlug. 2007 fasste er seine Überlegungen in der Festschrift für Eckhard Rehbinder mit dem vielsagenden Titel „Il faut imaginer Sisyphe heureux – Skeptische Reflexionen zum übernationalen Umweltrecht“ zusammen.

Viele von uns werden Heinhard Steiger aber jenseits dessen vor allem als Völkerrechtshistoriker in Erinnerung halten. Man darf vielleicht sogar sagen, dass die zweite Hälfte seines Wissenschaftlerlebens der Öffnung zu den Geschichtswissenschaften galt. Nicht erstaunlich ist es dabei, dass viele Beiträge außerhalb klassischer rechtswissenschaftlicher Publikationsorgane erschienen. Umso wertvoller sind die beiden 2009 und 2015 bei Nomos erschienen Sammelbände „Von der Staatengesellschaft zur Weltrepublik? Aufsätze zur Geschichte des Völkerrechts aus vierzig Jahren“ und „Universalität und Partikularität des Völkerrechts – Aufsätze zur Völkerrechtsgeschichte 2009–2015“, auch mit großartiger Unterstützung seines Sohnes Dominik. Heinhard Steiger hat mit seinen völkerrechtsgeschichtlichen Beiträgen Wegmarken gesetzt, die für die einschlägige Forschung von zentraler Bedeutung bleiben werden. Dies gilt insbesondere für sein kritisch-aktives Streiten für eine globale Völkerrechtsgeschichte, das in zwei Beiträgen aus den Jahren 2013 und 2014 zum Ausdruck kommt – einerseits in einem Besprechungsaufsatz („Von einer eurozentrischen zu einer globalen Völkerrechtsgeschichte?“) des von Bardo Faßbender und Anne Peters herausgegeben „Oxford Handbook of the History of International Law“ (2012), andererseits in der Festschrift für Brun-Otto Bryde, wo Heinhard Steiger seine Überlegungen unter der Überschrift

„Emanzipiert sich das universelle Völkerrecht der Gegenwart von seinem europäischen Ursprung?“ verfasste. Universalität und Kontinuität – diese Eckpunkte waren für seine Perspektive auf die Völkerrechtsgeschichte zentral, wie es ein Sammelband (2011) zum Ausdruck bringt, den ich gemeinsam mit Heinhart Steiger herausgeben durfte.

Heinhart Steiger war kein Mann, der seinen Platz in der ersten Reihe suchte. Er war dazu oft einfach zu bescheiden. Für seine Kolleginnen und Kollegen am Fachbereich Rechtswissenschaft in Gießen war er stets zuverlässig und loyal. Er erwies sich als begabter Brückenbauer, als engagierter akademischer Lehrer und als gleichermaßen liebenswerter wie hilfsbereiter Amtsvorgänger. Heinhart Steiger war ein Mensch, der nicht nur in seinem Beruf und seiner Berufung aufging, sondern für den das Leben in seiner Familie, (Kirchen-) Gemeinde und mit den Freunden zentral war. Wir werden ihn vermissen.

Im September 2019..... Thilo Maruhn

Inhalt

I. Vorträge/Events.....	1
The Nuremberg Principles beyond the International Criminal Court: A Common Ground for Accountability, International Nuremberg Principles Academy, 18 - 19 October 2019 (registration required, no fee)	1
International Strategic Litigation in the International Criminal Court, Dire Tladi, Bucerius Law School, 7 October 2019, 10.00-19.00 (registration required)	2
Öffentlicher Vortrag: East West Street: a personal history of international crime, Philipp Sands, 29. Oktober 2019, Universität Zürich.....	2
Lecture: „Armed Rebellion, Intervention, and International Law“, Prof. Mary Ellen O’Connell (University of Notre Dame), Lauterpacht Centre for International Law, 1 November 2019, 13.00-14.30.....	3
70 Jahre Genfer Konventionen, Akademische Festveranstaltung, 21. November 2019, European Legal Studies Institute, Universität Osnabrück.....	4
II. Stellenausschreibungen	5
One position as Head of Department - European Financial and Economic Crime Centre (m/w/d) (100%) Europol (Deadline: 7 October 2019)	5
Eine Stelle als wiss. Mitarbeiter*in (50%), Stellvertretende Direktor*in, Lucerne Academy for Human Rights Implementation, Universität Luzern, Professur für Europarecht, Völkerrecht, Öffentliches Recht und Rechtsvergleichung, Prof. Dr. iur. Sebastian Heselhaus (Bewerbungsfrist: 11. Oktober 2019).....	5
Eine Stelle als wissenschaftliche*r Mitarbeiter*in (50%), Humboldt-Universität zu Berlin, Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Geschlechterstudien, Prof. Dr. Ulrike Lembke (Bewerbungsfrist 17. Oktober 2019).....	8
One position as W2 Professorship in Political Theory and Digital Democracy (100%), Stiftung European University Viadrina Frankfurt (Oder) (Deadline: 27 October 2019)	8
One Position as Chair of Transnational Governance, European University Institute, School of Transnational Governance (Deadline: 28 October 2019)	10
One position as Postdoctoral Researcher - International Security (f/m/div) (100%), The Hertie School, Berlin (Deadline: 31 October 2019).....	10
Sieben Stellen als wissenschaftliche*r Mitarbeiter*in (75%), Humboldt-Universität zu Berlin, Graduiertenkolleg „Dynamische Integrationsordnung (DynamInt)“, Prof. Dr. Matthias Ruffert (Bewerbungsfrist: 1. November 2019).....	11
Eine Stelle als W3-Professur für Öffentliches Recht und Europäisches Sozialrecht mit Schwerpunkt in der interdisziplinären Sozialrechtsforschung, Stiftung Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) (Bewerbungsfrist: 1. November 2019)	12
Un poste d' assistant*e diplômé*e (à 100%) en Droit international public et Droit européen, Université de Fribourg (Suisse), faculté de droit, chaire de droit international public et de droit européen, Prof. Samantha Besson (échéances: 1 Novembre 2019)	13
1 Position as Lecturer in Human Rights (full time position), University College London, School of Public Policy, Professor Jennifer Hudson (Deadline: 3 November 2019)	14
Eine Stelle als wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in (50%), Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Lehrstuhl für Deutsches und Ausländisches Öffentliches Recht, Völkerrecht und Europarecht, Professor Dr. Charlotte Kreuter-Kirchhof (Bewerbungsfrist: 4. November 2019) 15	15
Un-e professeur-e associé-e en introduction au droit/méthodologie juridique (50%), Université de Lausanne, l'Ecole de droit de la Faculté de droit, des sciences criminelles et d'administration publique (échéances: 15 Novembre 2019)	15

3 Junior Fellowships (100%) in International Law, International Relations or Political Philosophy, Berlin Potsdam Research Group "The International Rule of Law – Rise or Decline?", FU Berlin (Deadline: 15 November 2019)	16
Un poste de de recherche post-doctorale en Droit de l'immigration (à temps plein), Université Catholique de Louvain, EDEM (Equipe droits européens et migrations) / CeDie (Centre Charles De Visscher pour le droit international et européen), Prof. Sylvie Sarolea (échéances: 15 Novembre 2019).....	18
One position as Professor of International Political Economy (f/m/div) (100%), The Hertie School, Berlin (Deadline: 30 November 2019)	18
Eine themenoffene Forschungsstelle für Doktoranden oder Post-Docs, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Arbeitsbereich von Prof. Dr. von Bogdandy (ohne Bewerbungsfrist).....	20
III. Call for Papers.....	21
CfP Sociological Perspectives on International Economic Law and Human Rights Law, Robert Schuman Centre for Advanced Studies, European University Institute, Florence, 8-9 May 2020 (Deadline: 15 October 2019)	21
Climate Change and Human Rights, University of Wisconsin Law School, April 2 & 3 2020 (Deadline: 18 October 2019)	21
Jugend im Völkerrecht?, Studierende und Promovierende des Fachbereichs Rechtswissenschaft der Freien Universität Berlin, 10.–11. Januar 2020 (Bewerbungsfrist: 31. Oktober 2019)	22
Inequality and International Law, EJIL, June 2020 (Deadline: 1 November 2019)	24
The Military Law and the Law of War Review (Deadline: 5 November 2019).....	27
Contested norms of international peace and security law, Max Planck Institute for Comparative Public Law and International Law, Max Planck Research Group Shades of Illegality in International Peace and Security Law, 7-8 May 2020 (Deadline: 24 November 2019)	27
Glasginburgh 2020 - International Law and Distribution: Sustainable Development, Security, and the Governance of Resources, University of Edinburgh & University of Glasgow, Glasgow, 8 - 9 June 2020 (Deadline: 30 November 2019)	29
Palestine Yearbook of International Law (Deadline: 30 November 2019)	31
7th RMLNLU International Legal Essay Writing Competition, Dr. Ram Manohar Lohiya National University, Lucknow, in collaboration with Centre for Trade and Investment Law, Indian Institute of Foreign Trade (Deadline: 2 February 2020).....	31
Humanitäres Völkerrecht: "Wirtschaft und Menschenrechte", Humanitäres Völkerrecht / Journal of International Law of Peace and Armed Conflict (Bewerbungsschluss: 15. Januar 2020)	34
IV. Konferenzen, Workshops und Summer Schools	36
Winter school on federalism and governance, Institute for Comparative Federalism of Eurac Research, Bolzano/Bozen, the Faculty of Law and the Faculty of Social and Political Sciences of the University of Innsbruck, 17-28 February 2020 (Deadline: 11 October 2019).....	36
Tagung: Materiale Gleichheit, Forschungszentrum „Normative Ordnungen“, Goethe Universität, Frankfurt am Main, 14. und 15. November 2019 (Anmeldeschluss: 15. Oktober 2019).....	36
Conference on European Private International Law, Aarhus University, Denmark 14-16 May 2020 (Deadline early bird: 15 November 2019)	37
Socially Responsible Foreign Investment under International Law, Católica Lisbon School of Law and Católica Global School of Law, 24-25 October (registration open)	38
The individual in International law, Max Planck Institute for Comparative Public Law and International Law, 25-26 June 2020 (Deadline: 30 November 2019)	38
Winter Academy: Due diligence as master key to responsible business conduct, T.M.C. Asser Instituut, 27-31 January 2020 (registration open; with fee)	40
CLEER Winter Academy: EU External Policies and Instruments & Asylum and Migration, T.M.C. Asser Instituut & Centre for the Law of EU External Relations (CLEER), The Hague, 17-21 February 2019 (registration open; with fee)	41

V. Sonstiges / Lehre44
ESIL Teaching Corner 44

I. Vorträge/Events

The Nuremberg Principles beyond the International Criminal Court: A Common Ground for Accountability, International Nuremberg Principles Academy, 18 - 19 October 2019 (registration required, no fee)

The International Nuremberg Principles Academy will organize its Nuremberg Forum 2019, the major annual conference held at the historic Courtroom 600 of the Nuremberg Palace of Justice, in Nuremberg, Germany on 18 and 19 October 2019.

This conference will provide a comprehensive overview of the current situation in the fight against impunity outside the scope of the International Criminal Court (ICC) by identifying the major efforts and past and recent practices in the field of international criminal law (ICL). International experts and practitioners, mostly working in judicial environments other than the ICC, will critically discuss how to organize and undertake this task beyond the remit of the Rome Statute.

The objectives of the Nuremberg Forum 2019 will be to:

- identify the common elements of accountability stemming from the Nuremberg Principles
- identify the landscape of the main accountability mechanisms and how they interact with each other and contribute to the overall accountability efforts
- discuss benefits and challenges of alternative and complementary measures for achieving accountability
- identify practical conclusions for the future of the field of ICL

Among other questions, the conference will delve into: How can accountability for the core international crimes be ensured? What role do the Nuremberg Principles currently play in the work of accountability mechanisms? How can the Nuremberg Principles be used as a tool in developing accountability mechanisms in the future?

Panel I: Common Elements for Criminal Accountability

Panel II: The endeavors of the International Community

Panel III: Addressing impunity through Hybrid Mechanisms

Panel IV: Achieving Prosecutions at the Domestic Level

Panel V: Combatting Impunity through Universal Jurisdiction

Panel VI: Practical Implications going Forward

Prof. Leila Nadya Sadat (Washington University in St. Louis) will deliver the keynote address.

Confirmed speakers include:

Judge Ivana Hrdlicková (Special Tribunal for Lebanon); Prof. Dire Tladi (University of Pretoria); Prof. Chantal Meloni (University of Milan); Prof. Christoph Safferling (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg); Katya Salazar (Due Process of Law Foundation); Dr. Serge Brammertz (United Nations International Residual Mechanism for Criminal Tribunals); Prof. Jennifer Trahan (New York University); Prof. Michael Bohlander (Durham University); Judge Catherine Marchi-Uhel (International, Impartial, and Independent Mechanism on Syria); Ambassador Stephen Rapp (United States Holocaust Memorial Museum); Edmund Chinonye Obiagwu (Nigerian Coalition for the International Criminal Court); Delphine K. Djiraibé (Public Interest Law Centre); Prof. Charles Villa-Vicencio

(University of Cape Town); Toby Cadman (The Guernica Group); Dixon Osburn (Halifax International Security Forum); Clémence Bectarte (International Federation for Human Rights); Judge Mike J. Chibita (Office of the Director of Public Prosecutions of Uganda); Wolfgang Kaleck (European Centre for Constitutional and Human Rights); Katherine Gallagher (Center for Constitutional Rights); Prof. Alejandro Chehtman (Universidad Torcuato Di Tella); Prof. Maria Louise Mallinder (Queen's University Belfast); Wayne Jordash QC (Global Rights Compliance LLP); Sareta Ashraph (Garden Court Chambers); Christian Ritscher (Office of the Federal Public Prosecutor General of Germany); Judge Eduardo Cifuentes Muñoz (Special Jurisdiction for Peace); Dr. Anna Myriam Rocattello (International Center for Transitional Justice); Eric Witte (Open Society Justice Initiative); Prof. Cécile Aptel (International Federation of the Red Cross and Red Crescent Societies); and Prof. Alette Smeulders (University of Groningen).

The event will be held in English. It is open to the public and free of charge. Prior registration is required.

Further information here: <https://www.nurembergacademy.org/events/nuremberg-forum-2019/>

International Strategic Litigation in the International Criminal Court, Dire Tladi, Bucerius Law School, 7 October 2019, 10.00-19.00 (registration required)

The next CIDR Dispute Resolution Talk with Professor Dire Tladi (University of Pretoria / UN International Law Commission) addresses the role that litigation before the International Criminal Court has played in the development of the law on immunity. It will do this by tracking the shifting sands of the jurisprudence of the ICC from Malawi and Chad to the Jordan Appeal.

Further information here: <https://www.law-school.de/termin/international-strategic-litigation-in-the-international-criminal-court/>

Öffentlicher Vortrag: East West Street: a personal history of international crime, Philipp Sands, 29. Oktober 2019, Universität Zürich

Aus Anlass seines 50-jährigen Bestehens lanciert das Institut für Völkerrecht und Ausländisches Verfassungsrecht der Universität Zürich die «Dietrich Schindler Lectures» – eine Vortragsreihe mit internationalen Top-Referenten. Es will damit an seine renommierten Völker- und Staatsrechtler Dietrich Schindler sen. (1890–1948) und Dietrich Schindler jun. (1924–2018) erinnern. Die Referate sind dem Fachpublikum und einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich.

Die «Inaugural Lecture» wird von **Philippe Sands** gehalten, einem international renommierten Experten für Völkerrecht und internationale Prozessführung. Er ist Autor des Weltbestsellers «East West Street: On the Origins of Genocide and Crimes against Humanity» (deutscher Titel: «Zurück nach Lemberg») und wird in Zürich über das Buch sprechen. Das Institut freut sich sehr, mit Professor Sands vom University College London

einen herausragenden Vertreter des Fachs gewonnen zu haben, der wissenschaftlichen Tiefgang mit Sinn für moralische Fragen zu verbinden weiss.

Dienstag, 29. Oktober 2019, 18:15 – 19:30 Uhr

Aula der Universität Zürich (KOL-G-201)

Rämistrasse 71

Eintritt frei

Keine Anmeldung erforderlich

Im Anschluss Apéro

Lecture: „Armed Rebellion, Intervention, and International Law“, Prof. Mary Ellen O’Connell (University of Notre Dame), Lauterpacht Centre for International Law, 1 November 2019, 13.00-14.30

Lecture summary:

Civil war is the greatest military challenge of our time in terms of real time suffering. The mere mention of Afghanistan, Congo, Libya, Somalia, and Syria supports the point. Internal conflicts like these not only result in mass death and destruction of the built and natural environments, they leave populations traumatized for generations. And they impact life far beyond the places of fighting. Mass migration from these wars is helping to trigger demagoguery and destabilization seen around the world. International lawyers are engaged with many of the issues raised by civil war, yet they have done relatively little work on the central questions of whether resort to armed rebellion and intervention in them are lawful. The lecture will investigate the lack of attention to these core questions. It will reveal the long-running, unresolved debate over the morality of resort to civil war. Without a consensus on the moral question, the law remained equivocal. Does that remain true today?

Mary Ellen O’Connell

Mary Ellen O’Connell is the Robert and Marion Short Professor of Law and Research Professor of International Dispute Resolution—Kroc Institute for International Peace Studies, University of Notre Dame. Professor O’Connell holds a BA in history from Northwestern University, an MSc in International Relations from LSE, an LLB and PhD from the University of Cambridge, and a JD from Columbia University. She has served as a vice president of the American Society of International Law and chaired the Use of Force Committee of the International Law Association. Before Notre Dame, she was a faculty member at The Ohio State University, the Johns Hopkins University Nitze School of Advanced International Studies Bologna Center, and Indiana University. She was a professional military educator for the U.S. Department of Defense in Garmisch-Partenkirchen, Germany and practiced law with the Washington, D.C.-based international law firm, Covington & Burling. She also worked as Sir Elihu Lauterpacht’s research assistant.

Further Information here: <https://www.lcil.cam.ac.uk/press/events/2019/11/lcil-friday-lecture-armed-rebellion-intervention-and-international-law-prof-mary-ellen-oconnell>

**70 Jahre Genfer Konventionen, Akademische Festveranstaltung, 21. November 2019,
European Legal Studies Institute, Universität Osnabrück**

Der Landeskonventionsbeauftragte des Deutschen Roten Kreuzes, LV Niedersachsen, und das European Legal Studies Institute der Universität Osnabrück laden ein zu einer akademischen Festveranstaltung

»70 JAHRE GENFER KONVENTIONEN«

am 21. November 2019 um 17 Uhr

im European Legal Studies Institute der Universität Osnabrück

Süsterstr. 28, Raum 44/E03 · 49074 Osnabrück

Fachbereich Rechtswissenschaften **European Legal Studies Institute** www.elsi.uni-osnabrueck.de/startseite.html

Um Anmeldung per E-Mail an ls-doerr@uos.de wird gebeten bis zum **12. November 2019**.

Programm:

Begrüßung

Prof. Dr. Oliver Dörr, LL.M., Landeskonventionsbeauftragter

Die Genfer Konventionen in der Arbeit des Roten Kreuzes

Dr. Heike Spieker, Teamleiterin Internationales Recht und internationale politische Beziehungen, DRK-Generalsekretariat

Die Genfer Konventionen – Entstehungsbedingungen und gegenwärtige Herausforderungen

Prof. Dr. Christian Walter, Ludwig Maximilians-Universität München

Diskussion

Empfang

II. Stellenausschreibungen

One position as Head of Department - European Financial and Economic Crime Centre (m/w/d) (100%) Europol (Deadline: 7 October 2019)

MAIN DATES

Deadline for application: 07 October 2019 23:59 CET

Recruitment procedure: November 2019

APPLICATION PROCESS AND SELECTION PROCEDURE

Please refer to the EUROPOL RECRUITMENT GUIDELINES available on Europol's website for further details on the application process and the selection procedure.

CONTACT DETAILS

For further details on the application process please call +31 (0) 70 353 1298

DEADLINE CONTRACT TYPE UNIT/GROUP REPORTS TO

07 October 2019, 23:59:59 CEST

Restricted Temporary Agent

Operations Directorate

Deputy Executive Director - Operations Department

The full job posting can be found here: <https://www.europol.europa.eu/careers-procurement/vacancies/vacancy/371>

Eine Stelle als wiss. Mitarbeiter*in (50%), Stellvertretende Direktor*in, Lucerne Academy for Human Rights Implementation, Universität Luzern, Professur für Europarecht, Völkerrecht, Öffentliches Recht und Rechtsvergleichung, Prof. Dr. iur. Sebastian Heselhaus (Bewerbungsfrist: 11. Oktober 2019)

Wir suchen auf den 1. Januar 2020 oder nach Vereinbarung (evtl. früher)

wiss. Mitarbeiterin / Mitarbeiter (50%) Lucerne Academy for Human Rights Implementation
Stellvertretende Direktorin / Stellvertretender Direktor / Associate Director

Sie begeistern sich für internationale Menschenrechte (EMRK), sind gewandt im Auftreten (auch in englischer Sprache) und verfügen über organisatorisches Talent. Dann sind sie die richtige Person für die Co-Leitung der Lucerne Academy for Human Rights Implementation. Die Academy organisiert mit ausgewählten internationalen Law Schools an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Luzern eine dreiwöchige Sommer School für Jus-Studierende aus aller Welt auf einem hohen Niveau. Die Akademie konzentriert sich auf die Umsetzung von Menschenrechten und bietet Kurse, Seminare, Exkursionen und einen Moot Court (fiktiver Gerichtsfall). Weitere Informationen finden Sie unter www.lucerne-academy.ch (in Englisch). Die Stelle ist angegliedert an die Professur für Europarecht, Völkerrecht, Öffentliches Recht und Rechtsvergleichung.

Aufgabenbereich

- Wissenschaftliche Analysen zu Menschenrechten
- Co-Geschäftsführung für operative Aspekte der Lucerne Academy
- Co-Planung, -Vorbereitung, -Durchführung und -Leitung der Summer School

Anforderungen

- Sehr gute Englischkenntnisse in Wort und Schrift
- Guter juristischer oder bevorstehender Abschluss
- Freude am wissenschaftlichen Arbeiten sowie organisatorisches Geschick
- Flexible Belastbarkeit, mit zeitlich höherem Aufwand in den Monaten Mai bis August

Wir bieten

- Interessante und abwechslungsreiche Tätigkeit in einem engagierten Team
- Gelegenheit zur Promotion
- Akademische Vernetzung in der Schweiz und international
- Flexible Arbeitszeiten und Gestaltungsfreiheit
- Die Anstellungsbedingungen entsprechen dem Personalrecht des Kantons Luzern.

Weitere Auskünfte erteilen Ihnen gerne Herr Prof. Dr. iur. Sebastian Heselhaus, sebastian.heselhaus@unilu.ch und Frau Sarah Kehl, sarah.kehl@unilu.ch.

Bitte bewerben Sie sich online bis spätestens 11. Oktober 2019 mit dem Bewerbungsbutton auf der Webseite: <https://www.unilu.ch/universitaet/personal/personaldienst/offene-stellen/wiss-mitarbeiterin-mitarbeiter-50-lucerne-academy-for-human-rights-implementation-1484435/>

Five 2-year Postdoctoral Fellowships (100%), Zukunftskolleg, University of Konstanz (Deadline: 15 October 2019)

Kennziffer 2019/155. The preferred start date is March 1st, 2020. Conditionally on the submission of an external grant, the position can be extended for an additional year. In principle, the position can be divided into two half-time positions.

The University of Konstanz is one of Germany's Universities of Excellence: It was successful in all three funding lines of the German Excellence Initiative and has also been competing successfully in both funding lines of its successor programme, the Excellence Strategy, since 2018.

The Zukunftskolleg is a central research institution of the University of Konstanz for early career researchers in the natural sciences, humanities and social sciences. It is an integral component of the university's strategy "creative.together". The Zukunftskolleg promotes interdisciplinary discourse between distinguished researchers from Germany and abroad, and provides them with the resources to conduct their research independently and free from administrative constraints. The working language is English.

The target group consists of excellent researchers at the early postdoctoral level, with leadership abilities and a capacity for teamwork, so that they can reasonably be expected to take up leading roles in academia. The applications are evaluated in a two-stage process by international reviewers. The candidates will be informed about the decision around the end of January 2020.

Your responsibilities

- develop and implement your research project
- build up your own research profile
- you are expected to participate actively in the regular weekly meetings and to contribute to the Zukunftskolleg in creating a team of exciting interdisciplinary postdoctoral researchers
- have your place of residence in Konstanz and the surroundings

Your Competencies

- You should be in possession of a doctoral degree granted between October 16, 2017 and December 31, 2019. Earlier graduation dates can be accepted in case of maternity/paternity leave, or working contracts outside academia
- Candidates must not hold a permanent professorship, or have a habilitation or equivalent (Venia legendi). Candidates with their own position funded by another program, which can be transferred to Konstanz, are also eligible
- Applicants must propose a research project that ties in with a discipline represented at the University of Konstanz. Applicants should contact potential mentors (Local Hosts) among the researchers at the University of Konstanz in order to ensure appropriate affiliation. Support from a department strengthens the application
- International experience in teaching or research, and a strong interest in interdisciplinary topics are desirable

We Offer

- a professional infrastructure and an appropriate workplace for conducting research
- an individual Research Allowance
- access to a pool for funding cooperative projects, research assistants, travel, and equipment purchases
- funds for mutual research visits to international collaborators
- the possibility of attracting senior research partners to Konstanz through the senior fellowship and the mentorship program
- double affiliation to both a university department and the Zukunftskolleg
- the opportunity to benefit from a variety of career development measures, including the University of Konstanz's Academic Staff Development and Research Support offices
- no teaching obligation, but an opportunity to do so in collaboration with your department at the University of Konstanz
- an international and interdisciplinary community of peers.

More information on the Zukunftskolleg and current Fellows, as well as a special section devoted to the application and selection process (online application process, required documents, guidelines on eligibility, evaluation criteria, the timeline and the stages of the selection process) are available on our website at: <https://www.uni-konstanz.de/zukunftskolleg/>.

All applications and supporting materials (letter of motivation, research proposal, curriculum vitae, writing sample and two letters of reference) must be submitted in English via the Online Application Platform including reference number 2019/155 at: <https://www.uni-konstanz.de/zukunftskolleg/online-application/>

Questions can be directed to Anda Lohan via e-mail: a.lohan@uni-konstanz.de.

We look forward to receiving your application until 15 October 2019, 11:00 am (Konstanz time).

Further information here:

<https://www.uni-konstanz.de/zukunftskolleg/fellowships/postdoctoral-fellowship/>

Eine Stelle als wissenschaftliche*r Mitarbeiter*in (50%), Humboldt-Universität zu Berlin, Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Geschlechterstudien, Prof. Dr. Ulrike Lembke (Bewerbungsfrist 17. Oktober 2019)

Aufgabengebiet

Wiss. Dienstleistungen in Forschung und Lehre auf dem Gebiet Öffentliches Recht insb. mit Schwerpunkt Menschenrechte; Vorbereitung und Unterstützung von Lehrveranstaltungen und wiss. Veranstaltungen; Durchführung eigener Lehre (Arbeitsgemeinschaften); Literaturrecherchen; Aufgaben zur eigenen wiss. Qualifizierung (Promotion)

Anforderungen

1. Juristische Prüfung (mögl. mit Prädikat); vertiefte Kenntnisse im Öffentlichen Recht, inkl. Menschenrechte; fundierte Erfahrungen in der Literaturrecherche; sehr gute Englischkenntnisse; EDV-Kenntnisse; Kommunikationsfreudigkeit

Bewerbung bis: 17.10.19

Bewerbung an

Humboldt-Universität zu Berlin, Juristische Fakultät, Frau Prof. Lembke (Sitz: Bebelplatz 2), Unter den Linden 6, 10099 Berlin oder per E-Mail an sekretariat.baer@rewi.hu-berlin.de

Mehr Informationen hier:

<https://www.personalabteilung.hu-berlin.de/de/stellenausschreibungen/wissenschaftlicher-mitarbeiter-m-w-d-mit-1-2-teilzeitbeschaeftigung-befristet-fuer-vorauss-3-jahre-e-13-tv-l-hu>

One position as W2 Professorship in Political Theory and Digital Democracy (100%), Stiftung European University Viadrina Frankfurt (Oder) (Deadline: 27 October 2019)

The professorship will be hosted at the European New School of Digital Studies (ENS) (at the Collegium Polonicum, Ślubice) and at the Faculty of Social and Cultural Sciences at the European University Viadrina in Frankfurt (Oder) (EUV). We offer a full-time, fixed term appointment for five years. The professorship is expected to strengthen education and research in the planned European New School of Digital Studies (ENS) and to contribute to

the profile of the Faculty of Social and Cultural Sciences at the EUV. The ENS is an innovative transdisciplinary academic unit of the university that integrates Social, Legal, Cultural and Computer Sciences for understanding the emerging European digital society. It combines excellent research with project-based teaching. Students are selected on the merits of submitted projects and follow curricula negotiated on an individual basis.

The candidate is expected to:

- have a thorough expertise in political theory and digital democracy
- teach and research the interface between technological innovation, democratic participation and political culture
- apply innovative teaching methods such as blended learning and/or co-creational approaches

The candidate should furthermore:

- have a strong interest in transdisciplinary collaboration
- integrate non-academic bodies from business, civil society or government agencies in research and teaching
- have experience in the development and advancement of third-party funded research
- be willing to integrate aspects of gender and diversity into teaching and research.

German language proficiency is not required; however, we expect the successful candidate to be able to actively participate in meetings held in German within two years after appointment. The ENS's working language is English. This includes teaching and the communication between the members of the ENS. The appointment is limited to 5 years. The general requirements are set according to Article 41 of the Brandenburg Higher Education Act (BbgHG). The European University Viadrina Frankfurt (Oder) supports diversity, equality, and inclusion at the workplace. We encourage women, persons with a migration background and any members of minority groups in our society, as well as less advantaged persons to apply. Applicants can contact the equal opportunity commissioner (europa-uni.de/gleichstellung). The university offers a family-friendly workplace. More information is available at europa-uni.de/familie. Women as well as severely disabled applicants with equal qualification will be given preferential consideration. It is advisable to point out any disability in the application. In case of a first-time appointment the requirements of Article 43 (1) BbgHG apply.

Website of the ENS:

<https://www.europa-uni.de/en/struktur/unileitung/projekte/ens/index.html>

For full consideration, please send your application by 27 October 2019 (stating the reference 1500-19-03) to:

Stiftung Europa-Universität Viadrina (Oder)
Dekanin der Kulturwissenschaftlichen Fakultät
Prof. Dr. Annette Werberger
Email: dekanat-kuwi@europa-uni.de

More information here:

https://www.europa-uni.de/de/struktur/verwaltung/dezernat_2/stellenausschreibung/Ausschreibung-ENS-Professur-DigiDem_engl_.pdf

One Position as Chair of Transnational Governance, European University Institute, School of Transnational Governance (Deadline: 28 October 2019)

Candidates should enjoy an international reputation in the social sciences and humanities with an openness to inter-disciplinarity. Their experience and expertise should cover one or more of the principal fields of the School; in particular:

- Governance theory, practice and transnational law and/or public policy;
- Qualitative and quantitative methods in the social sciences applied to the field of transnational policy and governance;
- Economics and international political economy;
- Leadership and decision-making theory, applied negotiation and bargaining theory;
- International Organisations or/and Regional Integration;
- Area Studies (such as Asia Pacific, Central-Asia and Africa).

The successful candidates will support the further development of the STG and will have a proven track-record of innovative course design, programme development and teaching at Master level. Candidates will have a strong publication record, a demonstrated interest in transnational dimensions of public policy, experience in developing and delivering executive education programmes, and a proven ability to mobilise external funding. They will have extensive international networks in public policy domains and/or the private or nongovernmental sector. The Chairs will support the STG Director, contribute to the recruitment of Master level students, and engage in the design and implementation of the STG's activities. The successful candidates will teach and supervise Master students. It is expected that the STG Chairs will also undertake limited PhD supervisory responsibilities in the relevant departments.

Further information:

<https://www.eui.eu/Documents/ServicesAdmin/AcademicService/JobOpportunities/2019/S TG-4CHAIRS.pdf>

One position as Postdoctoral Researcher - International Security (f/m/div) (100%), The Hertie School, Berlin (Deadline: 31 October 2019)

The Hertie School in Berlin prepares exceptional students for leadership positions in government, business, and civil society. The school offers master's programmes, executive education and doctoral programmes, distinguished by interdisciplinary and practice-oriented teaching, as well as outstanding research. Its extensive international network positions it as an ambassador of good governance, characterised by public debate and engagement. The school was founded in 2003 by the Hertie Foundation, which remains its major funder. The Hertie School is accredited by the state and the German Science Council.

The Hertie School is looking for a

The contract shall commence as of 01 February 2020 and is limited for two years. The successful candidate will be affiliated with the Hertie School's Centre for International Security.

Your tasks

Your main task at the Hertie School will be to develop an independent research programme in the area of international security, preferably working on topics related to conflict, digital politics, or cybersecurity. Your goal should be to publish relevant research in leading peer-reviewed outlets.

In a minor role, you will be asked to contribute towards core activities of the Center for International Security, such as supporting grant-writing activities or helping with the organization of a workshop.

Your profile

- PhD (or equivalent) in the social sciences or in a related field and demonstration of excellent potential for academic achievement
- Keen interest in the interplay of questions related to the topics mentioned above is a must-have
- Strong quantitative research skills are an asset, but not a must
- Excellent oral and written communication skills in English
- German skills are not required

We offer

A stimulating international and diverse environment in multiple areas of social science, high-quality teaching and public policy. The Hertie School is a vibrant academic community that emphasizes excellence in research and teaching as well as an interdisciplinary perspective. Our school has been certified as a family friendly work environment in higher education and an equal opportunity employer (www.hertie-school.org for further information). Severely disabled applicants are given preferential consideration in the event of equal qualification.

Please submit your application portfolio (a CV, a cover letter describing your research plans and interest, two writing samples, and names and contact information of at least two references) by using the Apply button below. Deadline for full consideration is 31 October 2019.

Please contact Prof. Dr. Anita Gohdes, Professor for International and Cyber Security, for further information on the position.

More information here:

<https://hertie-school.dvinci-easy.com/en/p/en/jobs/182/postdoctoral-researcher-international-security-fmdiv-on-a-full-time-40-hoursweek-basis>

Sieben Stellen als wissenschaftliche*r Mitarbeiter*in (75%), Humboldt-Universität zu Berlin, Graduiertenkolleg „Dynamische Integrationsordnung (DynamInt)", Prof. Dr. Matthias Ruffert (Bewerbungsfrist: 1. November 2019)

Aufgabengebiet:

Wiss. Dienstleistungen in der Forschung im Rahmen des DFG-geförderten Graduiertenkollegs „Dynamische Integrationsordnung (DynamInt)“, GRK 2483; Aufgaben zur eigenen wiss. Qualifizierung (Promotion im Themenbereich des Kollegs)

Anforderungen:

1. Juristische Prüfung (mögl. mit Prädikat); gute Kenntnisse mind. in einer europäischen Verkehrssprache; ausländischer Studienabschluss (z. B. LL.M.) erwünscht

Nähere Informationen zum Graduiertenkolleg DynamInt finden Sie unter

<https://www.rewi.hu-berlin.de/de/lf/oe/rhp/dynamint>

Bewerbungen (inkl. eines Exposés zum Promotionsvorhaben, das auf den Stand der Forschung eingeht, eine Forschungsfrage formuliert und einen Forschungsplan skizziert) sind unter Angabe der Kennziffer an die Humboldt-Universität zu Berlin, Juristische Fakultät, Prof. Ruffert, Unter den Linden 6, 10099 Berlin oder per E-Mail in einer PDF-Datei (max. 10 MB) an DynamInt@rewi.hu-berlin.de zu richten.

Mehr Informationen hier:

<https://www.personalabteilung.hu-berlin.de/de/stellenausschreibungen/wissenschaftlicher-mitarbeiter-m-w-d-mit-je-3-4-teilzeitbeschaeftigung-e-13-tv-l-hu-drittmittelfinanzierung-befristet-bis-30-11-2021-einstellung-zum-01-12-2019-beabsichtigt>

Eine Stelle als W3-Professur für Öffentliches Recht und Europäisches Sozialrecht mit Schwerpunkt in der interdisziplinären Sozialrechtsforschung, Stiftung Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) (Bewerbungsfrist: 1. November 2019)

Die Stelleninhaberin oder der Stelleninhaber soll das deutsche und europäische Sozialrecht in Forschung und Lehre breit vertreten. Der Lehrstuhl soll durch seine Forschung zur Profilierung der Universität in der interdisziplinären Arbeits- und Sozialpolitikforschung und – im Zusammenhang mit dem Fördernetzwerk Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung – zur Schaffung eines regionalen Forschungsfokus beitragen. Erfahrungen in Dialog und Vernetzung mit der sozial-politischen Praxis werden genauso erwartet wie die Fähigkeit der internationalen Forschungs Kooperation, u.a. im Rahmen von Drittmittelprojekten. Von der Stelleninhaberin oder dem Stelleninhaber wird erwartet, Lehre im Sozialrecht anzubieten und einen sozialrechtlichen Studienschwerpunkt in interdisziplinären Studiengängen der Fakultät sowie ein entsprechendes Modul im Studiengang Master „European Studies“ zu schaffen. Es wird darüber hinaus die Bereitschaft erwartet, im Studiengang Rechtswissenschaft Lehre in den Pflichtfächern insbesondere des Besonderen Verwaltungsrechts zu übernehmen.

Im Rahmen des Profils der Juristischen Fakultät der Europa-Universität werden folgende zusätzliche Erwartungen an die Stelleninhaberin oder den Stelleninhaber gestellt:

- Interesse an Fragen der Studienreform und der Rechtsdidaktik
- Interesse an Kooperationen mit mittel- und osteuropäischen Kolleginnen und Kollegen, insbesondere der AMU Poznań.

Die allgemeinen Voraussetzungen richten sich nach § 41BbgHG. Die Stiftung Europa-Universität Viadrina hat sich im Rahmen ihres Gleichstellungskonzepts das strategische Ziel gesetzt, den Anteil von Frauen in Forschung und Lehre deutlich zu erhöhen und nimmt an den forschungsorientierten Gleichstellungsstandards der DFG teil. Sie bittet Wissenschaftlerinnen deshalb ausdrücklich um ihre Bewerbung. Bewerberinnen können sich mit der Gleichstellungsbeauftragten in Verbindung setzen (www.europa-uni.de/gleichstellung). Die Universität unterstützt ihre Mitglieder bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Sie bietet familienfreundliche Studien- und Arbeitsbedingungen. Nähere Informationen finden Sie unter www.europa-uni.de/familie.

Menschen mit Behinderung werden bei gleicher Eignung und Befähigung vorrangig berücksichtigt. Es ist empfehlenswert, auf eine evtl. Behinderung bereits in der Bewerbung hinzuweisen.

Wir bieten Ihnen

- Arbeiten und Leben an einer lebendigen Universität mit internationalem Profil
- interdisziplinären Austausch, Kooperationen im mittel- und osteuropäischen Raum
- eine zertifizierte familienfreundliche Hochschule.

Ihre ausführlichen Bewerbungsunterlagen richten Sie bitte unter Angabe der Kenn-N.1100-19-02 bis zum 01. November 2019 an die

Europa Universität Viadrina (Oder)
Dekan der Juristischen Fakultät
Herrn Prof. Dr. Ulrich Häde
E-Mail: dek-rewi@europa-uni.de

Mehr Informationen hier:

https://www.europa-uni.de/de/struktur/verwaltung/dezernat_2/stellenausschreibung/1100-19-02.pdf

Un poste d' assistant*e diplômé*e (à 100%) en Droit international public et Droit européen, Université de Fribourg (Suisse), faculté de droit, chaire de droit international public et de droit européen, Prof. Samantha Besson (échéances: 1 Novembre 2019)

La Chaire de droit international public et de droit européen met au concours un poste d' assistant.e diplômé.e à 100%

Entrée en fonction: 1er juillet 2020

Domaine d'activité: Droit international public et Droit européen

Type d'activités: assistance à la recherche et à la rédaction en droit international et en droit européen; encadrement des travaux écrits des étudiants; assistance à l'enseignement en droit international et en droit européen

Profil:

- Master en droit (une spécialisation en droit européen [UE/CEDH] et/ou en droit international public serait un avantage).
- De langue maternelle française, avec d'excellentes connaissances d'allemand et d'anglais.
- Très bonnes connaissances des outils informatiques.
- Volonté d'écrire une thèse en droit international public ou en droit européen.

Les personnes intéressées sont priées d'adresser, avant le 1er novembre 2019, une lettre de motivation et un dossier complet comprenant un curriculum vitae, des attestations de leurs notes de Bachelor/Master et les autres documents usuels, ainsi qu'un travail écrit rédigé au cours de leurs études, par écrit à l'adresse suivante:

Prof. Samantha Besson, Chaire de droit international public et de droit européen, Université de Fribourg, Beauregard 11, 1700 Fribourg, SUISSE

Plus d'information ici:

https://www3.unifr.ch/ius/de/assets/public/Fac_Faculte/pdfs/Stellenangebote/Prof.Besson_miseauconcours_ass_juillet2020.pdf

1 Position as Lecturer in Human Rights (full time position), University College London, School of Public Policy, Professor Jennifer Hudson (Deadline: 3 November 2019)

Duties and Responsibilities:

The Department of Political Science would like to recruit a Lecturer in Human Rights to contribute to research and teaching. The new Lecturer will be expected to undertake research of the highest international standard to add to the research standing and culture of the Department.

We welcome applications engaging in all areas of human rights research and teaching, and are particularly keen to receive applications from candidates in the areas of: human rights institutions, human rights politics, and international human rights principles, standards, norms. We also welcome applications from candidates who teach/research on the application/practice of human rights in other areas of politics, such as climate change, global environmental politics, development, migration, or business.

The post will commence on the 1st July 2020.

Key Requirements:

PhD in Political Science or related subject (candidates nearing completion may be considered)

A proven ability to undertake academic research that is internationally recognised and of high-quality, evidence of potential for high quality academic research in a relevant field and experience of teaching Human Rights or related modules at undergraduate or postgraduate level are all essential.

Experience of conducting research that feeds into policy-making or other forms of real-world impact would be desirable.

Further information: <http://bit.ly/2nNwQtn>

Eine Stelle als wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in (50%), Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Lehrstuhl für Deutsches und Ausländisches Öffentliches Recht, Völkerrecht und Europarecht, Professor Dr. Charlotte Kreuter-Kirchhof (Bewerbungsfrist: 4. November 2019)

An der Juristischen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf ist am Lehrstuhl für Deutsches und Ausländisches Öffentliches Recht, Völkerrecht und Europarecht (Professor Dr. Charlotte Kreuter-Kirchhof) zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle einer/eines wissenschaftlichen Mitarbeiters/-in (50%, EG13 TV-L) zu besetzen. Die Stelle ist zunächst befristet. Es besteht die Option einer Verlängerung.

Zu den Aufgaben gehört die Unterstützung der Lehrstuhlinhaberin in Forschung und Lehre auf den Gebieten des Staats- und Verwaltungsrechts, insbesondere des Energie- und Klimaschutzrechts, des Europarechts und des Völkerrechts. Es besteht die Gelegenheit zur Promotion.

Einstellungsvoraussetzung ist das Bestehen der Ersten Juristischen Prüfung mit mindestens der Note „vollbefriedigend“. Das Interesse an den Forschungsgebieten des Lehrstuhls sowie die Bereitschaft zur Übernahme einer Arbeitsgemeinschaft im Öffentlichen Recht werden vorausgesetzt.

Bewerbungen von Frauen sind ausdrücklich erwünscht. Frauen werden bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bevorzugt berücksichtigt, sofern nicht in der Person eines Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen. Die Bewerbung geeigneter Schwerbehinderter und gleichgestellter behinderter Menschen im Sinne des SGB IX ist erwünscht.

Ihre Bewerbungsunterlagen (Motivationsschreiben, Lebenslauf, Zeugnisse einschließlich Abiturzeugnis, Zeugnis der ersten juristischen Prüfung bzw. Bescheinigung über die bisherigen schriftlichen Ergebnisse, Ergebnis der Schwerpunktbereichsprüfung; bitte in einem PDF-Dokument) richten Sie bitte bis zum 4. November 2019 in elektronischer Form an: LS.Kreuter-Kirchhof@hhu.de

Mehr Informationen hier:

<http://www.jura.hhu.de/service1/aktuelles/article/wissenschaftlicher-mitarbeiterin-am-lehrstuhl-fuer-deutsches-und-auslaendisches-oeffentliches-recht-6.html?cHash=d797f989484d3fb928859b16db069969>

Un-e professeur-e associé-e en introduction au droit/méthodologie juridique (50%), Université de Lausanne, l'Ecole de droit de la Faculté de droit, des sciences criminelles et d'administration publique (échéances: 15 Novembre 2019)

Lieu d'enseignement, de recherche et de vie, l'UNIL rassemble près de 15'000 étudiant·e-s et 5'000 membres du personnel, du corps professoral et de la recherche. Idéalement situé au bord du lac et au centre-ville, son campus réunit quelque 120 nationalités.

Afin de compléter son équipe, l'Ecole de droit de la Faculté de droit, des sciences criminelles et d'administration publique est à la recherche d' :

Un-e professeur-e associé-e en introduction au droit/méthodologie juridique à 50%

Entrée en fonction: 01.08.2020 ou à convenir

Durée du contrat: 6 ans renouvelable

Taux d'activité: 50%

Lieu de travail: Lausanne-Dorigny

Vos activités

Le cahier des charges comprend des enseignements d'introduction au droit/méthodologie juridique.

Le cahier des charges sera défini d'entente avec la personne engagée en fonction des besoins de l'Ecole de droit et des enseignements actuellement dispensés.

La personne nommée est appelée à collaborer avec les autres professeur-e-s de la Faculté couvrant les mêmes disciplines.

Votre profil

Une formation juridique, un doctorat et des expériences d'enseignement et de recherche dans le domaine juridique sont exigés.

Vos avantages

Un cadre de travail agréable dans un environnement académique multiculturel et diversifié.

Une multitude d'activités et d'autres avantages à découvrir.

Pour tout renseignement complémentaire

Madame

Huguette Groux

Responsable administration décanale

huguette.groux@unil.ch

Votre dossier de candidature

Délai de postulation: 15.11.2019

Nous vous prions de bien vouloir nous transmettre votre dossier complet en format Word ou PDF. Il ne sera pris en compte que les candidatures adressées par le biais de ce site. Nous vous remercions de votre compréhension.

Remarques

Soucieuse de promouvoir une représentation équitable des femmes et des hommes parmi son personnel, l'Université encourage les candidatures féminines.

Plus d'informations ici:

https://career012.successfactors.eu/career?career%5fns=job%5flisting&company=universit dP&navBarLevel=JOB%5fSEARCH&rcm%5fsite%5flocale=en%5fUS&site=VjltQWt5MjVDbnNG NGIkV21MMFpPZDKrdz09&career_job_req_id=14884&selected_lang=fr_FR&jobAlertControl ler_jobAlertId=&jobAlertController_jobAlertName=& s.crb=XgPNcPYkHBREonCYVFIljcvxK5Q %3

3 Junior Fellowships (100%) in International Law, International Relations or Political Philosophy, Berlin Potsdam Research Group "The International Rule of Law –Rise or Decline?", FU Berlin (Deadline: 15 November 2019)

The Berlin Potsdam Research Group “The International Rule of Law –Rise or Decline?” invites applications for three Fellowships starting on 1 April 2020 or at a later mutually agreed date. The Research Group examines the role of international law in a changing global order. It assumes that a systemically relevant crisis of international law of unusual proportions is currently taking place which requires a reassessment of the state and role of the international legal order. It focuses on the type of international law that we may currently see emerging. Developments in recent years give rise to the question whether the move towards an international rule of law has lost momentum. Inter-state crises in different parts of the world display renewed thinking in terms of geopolitical spheres of influence. Collective efforts to address global issues through universal international law meet difficulties. Can we, under current conditions, still observe a legalization of international relations based on a universal understanding of values, or are we witnessing a tendency towards an informalization or a reformation of international law, or even an erosion of international legal norms? Or are we simply observing a slump in the development towards an international rule of law based on a universal understanding of values? The Research Group consists of public international lawyers -Heike Krieger (Freie Universität Berlin), Georg Nolte (Humboldt Universität zu Berlin) and Andreas Zimmermann (Universität Potsdam) -political scientists Andrew Hurrell (Oxford University) and Andrea Liese (Universität Potsdam), as well as the political philosopher Stefan Gosepath (Freie Universität Berlin). The working language of the group is English.

More information can be found via <http://kfg-intlaw.de>

The Position

This is a fixed-term position for a period of 12 months which may be extended by up to a further year. Fellows will work at Freie Universität Berlin. They will co-operate with the group’s senior researchers and participate in the academic exchange of the Research Group. They are expected to complete a peer-reviewed publication project during their fellowship. A monthly stipend of 2500,00 Euro plus a roundtrip (economy) is attached to the position from which all costs will have to be covered.

Eligibility

The Junior Fellowships are designed for applicants worldwide with a doctorate in international law, international relations or political philosophy. The proposed projects should relate to the Group’s area of research. Applicants should have completed their PhD before joining the group and should not have pursued more than 2 years of postdoctoral research. Candidates from outside Europe are particularly encouraged to apply. Applicants are not expected to speak German.

Application:

Applicants should submit:

- a curriculum vitae including transcripts of degrees awarded and a list of publications;
- a description of current research and of a project to be pursued during the first year of the Fellowship (no more than 1000 words);
- a summary of the candidate’s doctoral thesis;
- two letters of recommendation.

The deadline for application is 15 November 2019.

Please send your application in ONE pdf-file via info@kfg-intlaw.de
Further information can be obtained at info@kfg-intlaw.de

Further information here:

<https://www.jura.fu-berlin.de/fachbereich/einrichtungen/oeffentliches-recht/lehrende/kriegerh/dokumente/KFG-JF-Call-2019.pdf>

Un poste de de recherche post-doctorale en Droit de l'immigration (à temps plein), Université Catholique de Louvain, EDEM (Equipe droits européens et migrations) / CeDie (Centre Charles De Visscher pour le droit international et européen), Prof. Sylvie Sarolea (échéances: 15 Novembre 2019)

Le Centre Charles de Visscher pour le droit international et européen engage un chercheur ou une chercheuse à temps plein en droit de l'immigration pour une période de trois ans.

Entrée en fonction : le 1er janvier 2020

La recherche porte sur le droit belge et européen de l'asile. Elle fait partie d'une recherche interuniversitaire au sein d'un consortium international.

Conditions de candidature

- doctorat en droit avec grade acquis ou à acquérir au 15 septembre 2019
- premier post-doc
- se trouver en situation de mobilité scientifique internationale: ne pas avoir résidé ou exercé son activité principale (emploi, études...) en Belgique pendant plus de 24 mois au cours des trois dernières années qui précèdent immédiatement la première période d'octroi de la bourse.
- intérêt pour le droit des migrations et le droit international (des droits de l'homme et européen)
- langues: bonne connaissance du français et de l'anglais.

Plus d'information ici:

<https://uclouvain.be/fr/instituts-recherche/juri/cedie/actualites/ouverture-d-un-poste-de-recherche-post-doctorale-a-temps-plein-en-droit-de-l-immigration.html>

One position as Professor of International Political Economy (f/m/div) (100%), The Hertie School, Berlin (Deadline: 30 November 2019)

The Hertie School is recruiting a Professor or Assistant Professor of International Political Economy. We are looking for a candidate with a research agenda in the politics and economics of globalization and trade. Themes that intersect with development and global inequalities are welcome. This candidate will play an important leadership role in our "Finance and Trade" track of our Masters of International Affairs (MIA).

Applicants for this position must have a doctoral degree relevant for the position, or expect to have this degree by the start of employment. An early career candidate will be appointed

as Assistant Professor with a six-year clock (two three-year contracts) with the possibility of tenure. A more advanced candidate would be subject to a two-year probationary period before the granting of tenure. The expected start date is 1 September 2020 or February 2021.

The Hertie School seeks faculty with demonstrated capacity for research at the highest levels in their discipline, through an established record of publication in top outlets. We recruit faculty who will create a climate that embraces excellence and diversity with a strong commitment to high-quality teaching and innovative research of interest to the international scholarly community and policy-makers.

Candidates are expected to work well in an interdisciplinary, international environment with English as the language of instruction and operation. The successful candidate will teach courses in the School's Master, Executive, and PhD programmes. Collaboration with new centres of competence of the Hertie School is encouraged. Those are the Jacques Delors Institute Berlin, the Centre for International Security Policy, the Centre on Fundamental Rights, the Centre for Sustainability, the Centre on Digital Governance, and the Hertie School Data Science Lab.

As a private university, the Hertie School offers an internationally competitive salary as well as a paid sabbatical after every five semesters. We provide excellent working conditions with outstanding financial and administrative support for research. The Hertie School is fully embedded in Germany's vibrant research landscape and has close ties to the top institutions of the European and international teaching and research community as well as to the policy world.

The Hertie School is a diverse, international and lively community located in the heart of Berlin. It takes a family friendly workplace seriously. Under German law, there is standard paid leave for parents after the birth of a child.

The deadline for the submission of applications is 30 November 2019. The Hertie School will review applications that include a letter of motivation, a current curriculum vitae (publication list, degrees earned, if applicable: positions held, teaching experience, research projects, awards received), two writing samples and, if applicable, teaching evaluations. Early career candidates should include three letters of recommendation from professors familiar with their work.

To submit your application, please upload the requested documents by using the Apply button below.

For information about the Hertie School visit www.hertie-school.org.

For questions about the position, please contact Professor Mark Hallerberg, PhD, Dean of Research and Faculty and Professor of Public Management and Political Economy. Strict confidentiality in the application process is assured. The Hertie School is an equal opportunity employer.

Further information here:

<https://hertie-school.dvinci-easy.com/en/p/en/jobs/185/professor-of-international-political-economy-fmdiv-professor-or-assistant-professor>

Eine themenoffene Forschungsstelle für Doktoranden oder Post-Docs, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Arbeitsbereich von Prof. Dr. von Bogdandy (ohne Bewerbungsfrist)

Das Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht bietet zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine themenoffene Forschungsstelle für Doktoranden oder Post-Docs im Arbeitsbereich von Prof. Dr. von Bogdandy.

Wenn Sie Ihr juristisches Studium oder Ihre Promotion abgeschlossen haben, Interesse am Völkerrecht, am europäischen Recht und der Rechtsvergleichung haben und schon immer den Wunsch hegen, ein entsprechendes Forschungsprojekt eigenverantwortlich durchzuführen und zugleich an Institutsprojekten mitzuwirken, freuen wir uns über Ihre Bewerbung.

Neben Motivationsschreiben, Lebenslauf und Referenzen reichen Sie bitte eine Skizze Ihres Projektvorschlags (nicht mehr als zwei Seiten) mit Titel/Thema, Forschungsinhalt und voraussichtlicher Dauer des Forschungsvorhabens ein.

Das Entgelt und die Sozialleistungen richten sich nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD-Bund). Bei Vorliegen der persönlichen Voraussetzungen ist eine Vergütung bis zur EG-15 (TVöD-Bund) möglich.

Die Max-Planck-Gesellschaft hat sich zum Ziel gesetzt, mehr schwerbehinderte Menschen zu beschäftigen. Bewerbungen Schwerbehinderter sind ausdrücklich erwünscht.

Die Max-Planck-Gesellschaft strebt nach Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt. Wir begrüßen Bewerbungen jedes Hintergrunds.

Ihre Bewerbungsunterlagen richten Sie bitte vorzugsweise per E-Mail an sekreavb@mpil.de oder per Post an das

Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
Sekretariat Prof. von Bogdandy
Im Neuenheimer Feld 535
69120 Heidelberg

Mehr Informationen hier: https://www.mpil.de/files/pdf5/Ausschreibung_AvB_2019_01.pdf

III. Call for Papers

CfP Sociological Perspectives on International Economic Law and Human Rights Law, Robert Schuman Centre for Advanced Studies, European University Institute, Florence, 8-9 May 2020 (Deadline: 15 October 2019)

International law is rooted in communities, influencing and affected by social groups and their socio-cultural features. Thus, a variety of socio-cultural factors and processes are intertwined in the formation, interpretation and implementation of international law. This fifth workshop on the sociology of international law focuses on various sociological aspects pertaining to international economic law and human rights law, as well as to interrelationships between these two major legal fields. Contributors will explore diverse interactions between sociological concepts (such as identity, socialisation, collective memory, social control or frames) and broad range of legal rules and institutions in these spheres. Contributors are particularly welcome to submit proposals in the following areas:

1. Sociological aspects of international trade law, investment law, intellectual property rights or economic development, including socio-cultural aspects of trade in certain goods and services; cultural exceptions in international trade and investment law; regional economic integration and regional identity; organisational culture of international economic institutions (such as the WTO, ICSID or UNCTAD); the social dimension of recent developments in these fields (such as the crisis in appointments to the WTO Appellate Body, the growing 'trade war' between the US and China, or the EU Multilateral Investment Court initiative); and sociological aspects of economic development (including the interactions between rule of law, economic development and cultural features).
2. The sociological dimension of international human rights law and institutions, including interactions between human rights protection and social values, human rights and ideology, social control mechanisms and the enforcement of human rights rules, international actors' identity and promotion of human rights worldwide, socio-cultural aspects (such as collective memory or organisational culture) of various human rights bodies and tribunals.
3. Sociological issues involved in interactions between international human rights protection and international economic law, including socio-cultural explanation of interrelationships between the WTO law and human rights protection or interactions between investment tribunals' jurisprudence and human rights protection, human rights conditions in programs relating to trade preferences to developing countries (such as GSP schemes) or in free trade areas agreements, socio-cultural exceptions in international economic treaties (such as the 'public morals' exception in the GATT or 'cultural exception' in the recent US-Mexico-Canada Agreement ('NAFTA 2.0')).

Further information here:

<http://globalgovernanceprogramme.eui.eu/event/call-for-papers-research-workshop-sociological-perspectives-on-international-economic-law-and-human-rights-law/>

Climate Change and Human Rights, University of Wisconsin Law School, April 2 & 3 2020 (Deadline: 18 October 2019)

We invite internationally acclaimed scholars and advanced PhD candidates to submit abstracts for the Wisconsin International Law Scholars Conference (WILSC) on Climate Change and Human Rights, to be hosted by the University of Wisconsin as part of its Wisconsin International Law Journal annual programs. Climate change poses unprecedented challenges to the enjoyment of rights. The Human Rights Council has adopted several resolutions on the link between climate change and human rights and the Paris Agreement included a provision on human rights in relation to climate action in 2015. Despite this recognition, many legal issues remain unresolved – extraterritorial dimension of human rights, forced displacement associated with climate change (so called “climate refugees”), small island states and their people, the loss and damage mechanism, the responsibility of major emitters are just a few issues requiring novel approaches to international law.

We invite abstracts on any legal issue on the link between human rights and climate change, but preference will be given to those abstracts that explore novel legal theories to address these emerging issues. The objective of WILSC is to bring together international legal scholars to discuss a small number of high-quality working papers to promote research collaboration and advancement. The conference is by invitation only and is devoted to small workshops that give authors the opportunity to refine their work. The conference will be held in the beautiful city of Madison, Wisconsin from April 2-3, 2020.

Further information here:

https://drive.google.com/file/d/0B_26P22j6bYNZkpwUIRtTXVwNnBHTEN5aEFaeUIwMm9WUWhJ/

Jugend im Völkerrecht?, Studierende und Promovierende des Fachbereichs Rechtswissenschaft der Freien Universität Berlin, 10.–11. Januar 2020 (Bewerbungsfrist: 31. Oktober 2019)

Studierende und Promovierende des Fachbereichs Rechtswissenschaft der Freien Universität Berlin laden ein zur Konferenz "Jugend im Völkerrecht?", die vom 10. - 11. Januar 2020 stattfinden wird.

Ausgangspunkt der Konferenz ist die kritische Frage nach der Beziehung des Völkerrechts zu jungen Menschen. Weit über ein Drittel der Weltbevölkerung ist unter 24 Jahre alt. Aber welche Rolle spielen junge Menschen konkret, wenn es um das Völkerrecht geht?

Während Staaten die zentralen Akteure des Völkerrechts sind, ist nicht zu verkennen, dass der Staat als solches ein fiktives Gebilde ist, welches nicht selbst handelt, sondern von überwiegend älteren Menschen repräsentiert wird. Selbiges gilt entsprechend für internationale Gerichte und Tribunale sowie internationale Organisationen. Doch nehmen sie auch die Interessen der jungen Menschen wahr?

Auffällig ist ein nicht unerhebliches Gefälle bezüglich der Verbindlichkeit verschiedener Regelungsbereiche des Völkerrechts. So lässt sich einerseits ein hoher Verpflichtungsgrad im Rahmen wirtschaftlicher Übereinkommen feststellen. Andererseits sind bspw. die Bestimmungen des internationalen Umweltrechts vielfach nicht verbindlich bzw. lassen sie

einen weitreichenden Interpretationsspielraum. Zwar existieren zum einen Konventionen, Resolutionen und weitere rechtliche Dokumente sowie internationale Organisationen (z.B. UNICEF) und Institutionen (z.B. Gesandte des UN Generalsekretärs für Jugend), die den Schutz der Jugend gewährleisten wollen. Indes fehlen Möglichkeiten der Jugend zur gleichberechtigten Mitwirkung im Völkerrecht. Bisherige Bemühungen haben zu keinen wesentlichen Veränderungen geführt.

Doch sehen junge Menschen das Völkerrecht als Problem oder als Lösung? Welche Themengebiete sind für sie besonders relevant? Und wie können sie im Völkerrecht partizipieren und Einfluss nehmen? Ziel der Konferenz ist es, auf Grundlage dieser und anderer Fragen, eine neue Forschungsperspektive zu entwickeln, und auch konkrete Handlungsempfehlungen für Wissenschaft und Praxis zu formulieren.

Die zweitägige Konferenz, bestehend aus Vorträgen, Workshops und einer öffentlichen Abendveranstaltung, richtet sich vornehmlich an Studierende des Völkerrechts. Ausdrücklich willkommen sind auch Studierende anderer Fachrichtungen.

Vorträge dauern 20 Minuten und werden in Panels mit anschließender Diskussion organisiert. Bewerber*innen werden gebeten, bis zum 31. Oktober 2019 ein einseitiges Abstract in deutscher Sprache (anonymisiert) sowie einen kurzen Lebenslauf per E-Mail an jugendimvoelkerrecht@rewiss.fu-berlin.de einzureichen. Die Rückmeldung für erfolgreiche Abstracts erfolgt bis zum 1. Dezember 2019. Eine Veröffentlichung ausgewählter schriftlichen Beiträge wird im Anschluss angestrebt.

Die Teilnahme an der Konferenz ist kostenfrei. Für Transport und Unterbringung können im Einzelfall, nach Verfügbarkeit, Finanzierungshilfen gewährt werden. Diese können unter Darlegung der finanziellen Situation bis zum 4. Dezember 2019 bei den Organisator*innen beantragt werden.

Folgende Themen können behandelt werden und auch der Anregung für weitere Untersuchungen dienen:

I. Historische Betrachtung

Ließ das Völkerrecht schon in seiner Jugend die Jugend außer Acht? / 1920-2020: League of Nations und Jugend in den letzten hundert Jahren / Welche Altersgruppe hatte prägenden Einfluss auf die Entwicklung von Völkerrecht und inwiefern hat sich das heute geändert?

II. Begriffsbildung und Bestandsaufnahme

Was genau meint Jugend? / Welche Themen sind für junge Menschen relevant und welche Stellung haben sie im Völkerrecht? / Wie wirken sich technische Neuerungen aus? / Wie ist die Jugend im Völkerrecht präsent und repräsentiert? / Hat die Jugend Partizipationsmöglichkeiten in etablierten Demokratien? / Wird Völkerrecht durch junge Menschen legitimiert? / Kann "Jugend" als marginalisierte Gruppe verstanden werden? / Ist die Lehre im Völkerrecht „alt“? Und wenn ja, begründet oder begünstigt sie dadurch den status quo?

III. Wie wirkt sich das Völkerrecht praktisch auf den Alltag junger Menschen aus?

Wie unterscheiden sich die Auswirkungen in den unterschiedlichen Regionen der Welt? / Bieten völkerrechtliche Instrumente der Jugend ausreichend Schutz?

IV. Jugend als neuer Akteur im Völkerrecht?

Lässt sich die Jugend neben anderen Interessengruppen als neuer Akteur im Völkerrecht verstehen? / Jugend in der Praxis des Völkerrechts (Welchen Einfluss haben Jugenddelegierte und ähnliche "Jugendakteure" wirklich? / Gibt es junge Menschen, die das Völkerrecht bereits gestalten?) / Nimmt die Jugend außerhalb des Völkerrechts Einfluss auf das Völkerrecht (Bsp. Fridays for Future)

V. Zukunftsvisionen

Was sind mögliche Handlungsempfehlungen an Praktiker und Praktikerinnen für eine größere Partizipation der Jugend und eine größere Beachtung der Jugend im Völkerrecht? / Wie können die Themen der Jugend im Völkerrecht in den Vordergrund gerückt werden?

Mehr Informationen hier:

<https://www.jura.fu-berlin.de/fachbereich/einrichtungen/oeffentliches-recht/lehrende/austh/informationen/Jugend-im-Voelkerrecht-cfp.html>

Inequality and International Law, EJIL, June 2020 (Deadline: 1 November 2019)

International law in the UN Charter, the Universal Declaration of Human Rights, and other foundational treaties and conventions of the multilateral system entails a premise (and promise) of equal rights, the right to self-determination, and the fundamental equality of human beings. However, during the last 10 years and in the wake of the 2008 financial crisis inequality has once again moved to the centre of attention of a number of disciplines, most noteworthy perhaps economics, as well as politics.

We issue this Call for Papers to invite submissions reflecting on the ways that international law – its practice and scholarship – relates to inequality. We chose the plural – inequalities – as we do not intend, from the outset, to narrow the Symposium's scope to particular forms or actualizations of inequality. Inequalities span access to, or enjoyment of, public resources, and/or state duties to ensure equalities of opportunity regardless of gender, religion, nationality, birth, political or other ideological convictions, status, among others. While the discussion on inequality and international law has been historically concerned with North/South disparities and the quest for equal distribution among states, recent decades have seen a rise in inequality within countries in affluent and weaker economies. Other characteristics of inequality today include the extreme concentration of income at the top and the shrinkage of the middle class in advanced economies. Inequalities persist also in the external relationships of states with other actors (state and non-state) in the international system – as enduring legacies of colonialism in economic development and in post-conflict peacebuilding; as ongoing asymmetries in the efforts to achieve accountability and international justice for victims of internationally wrongful acts; as well as through contested modes of governance over the world's environment, global commons, and natural resources.

The interplay between international law and inequality and the special trends related to inequality today invite further research and reflection. Developments such as the rising inequality within countries, the possible decline in inter-country inequality alongside economic growth in emerging market and developing economies challenge our existing legal framing and approaches to the problem of inequality and call for further analysis of the relationship between these trends and international legal principles, doctrines and institutions.

Thus, we invite contributions that conceptualize and problematize the notion of inequality and that examine its doctrinal significance and its usefulness and appropriateness as an analytical concept or as a common concern in international law. We further call for papers that address questions regarding empirical, quantitative and qualitative assessments of inequality within and across societies and states and that assess international law and institutions as cause as well as remedy to inequality. We welcome doctrinal, historiographical, genealogical and sociological engagements with past and present regimes, initiatives, institutions, and instruments and their relationship with inequality as well as biographical engagements with scholars and practitioners who in their work paid particular attention to the question of inequality in international law.

Finally, we welcome engagements with our responsibility as international lawyers. How do we practise international law ethically in light of persisting material inequality, racism and sexism in the world, in our societies, governments and workplaces. What visions or utopias might guide and invigorate our practices? To what extent can we identify persistent inequalities that also suffuse the ‘invisible college’ of international lawyers, and what can be done within international law from both academic inquiry and norms of professional practice?

The call is not restricted to a particular subfield of international law. We would be happy to receive proposals from all fields of international law, including the following themes:

Human Rights: Papers may interrogate the capacity of (social and economic) rights to remedy inequality, or engage with the thesis that (particular conceptions of) human rights detract from social justice concerns.

International Economic Law:

Papers may address the question whether international economic law should and how it might allow for global redistribution or contribute to a transformation of political economy that reduces material inequality instead of enhancing it. Further clarification is needed how international economic law (together with transnational and national law) furthers the accumulation of wealth and capital as well as the concentration of corporate power. Contributions may assess calls for a new NIEO or a new Bretton Woods and evaluate them in light of historical experience and in the context of present geopolitical developments. Contributions may also confront the changing face of international economic law – particularly its deepening intersections with human rights law, international environmental law, climate law, among others – and assess how the international economic system engages, perpetuates, or redresses both latent and patent inequalities faced by individuals, groups, peoples, small nations such as low-lying island states, among others.

Sustainable Development Goals:

10 years to go until, by 2030, the SDGs shall be achieved, it may be a good time for an evaluation of their impact so far – not only as concerns the realization of targets, in particular of SDG 10 “Reduced Inequalities” – but also the effects of this governance framework on international law doctrine and the practice of governmental and non-

governmental institutions. Can the polycentric approach to SDG governance truly address inequalities, when SDGs are articulated in the grey areas between hard law and soft law?

Migration Law:

Given that extreme poverty and global inequality in living conditions are major reasons for global migration, does migration law adequately take account of these causes? Current government policies of exclusion and deterrence not only raise questions as to their conformity with international law, but call into doubt foundational normative justifications of global and national political order. Are instruments such as the Global Compact on Migration and the New York Declaration sufficient to eventually harden into multilateral or regional treaties recognizing shared norms in addressing both protections for migrants as well as the pressures on and opportunities open for receiving populations?

Climate Law: From its inception climate change law has had and still has to come to terms with various inequalities – including inequalities as concerns individual states' contributions to climate change as well as inequalities as to how communities will be affected by climate change. How does climate law address these inequalities; how should it address them in order not only to effectively contain climate change, but to do so in an equitable manner?

After 'After Hegemony':

The emergence of Brazil, Russia, India, China, and South Africa (the BRICS) as a new hub of power in international relations, destabilizing processes in Europe, most evident in Brexit, and the decline of the US as the world's hegemonic power have triggered new approaches to international law making in recent years. These new approaches include a shift away from multilateralism toward bilateralism, regionalism and other forms of global governance. These processes are related to inequality in their cause and effects: Can we tie the growing unrest over inequality among different political groups worldwide to the turn away from existing international legal institutions? How are these ideological sensibilities and new forms of mobilization related to new modalities of international regulation? How will these new modalities influence global inequality in the future?

We are issuing here a Call for Papers. International lawyers from practice and academia as well as scholars from related disciplines are invited to send an abstract of 500 words. Abstracts should not only set out the prospective papers for inclusion in the symposium; they should also concisely formulate the questions addressed as well as the method and materials employed in the proposed research. We will accept proposals for research papers of 10-12K words as well as shorter Think Pieces of 5-7K words.

The deadline for the abstracts is 1 November 2019. Draft papers of those abstracts selected by a committee composed of members of the Editorial Boards of EJIL will be expected by 29 May 2020. We are considering a workshop in June 2020, at a location to be determined, to discuss the drafts. Funding towards the travel expenses of some participants may be available. Final drafts will be expected by 2 November 2020.

Abstracts, accompanied by a recent CV in pdf format, are to be sent to EJIL's Managing Editor at anny.bremner@eui.eu by 1 November 2019.

Further information here: <http://www.ejiltalk.org/announcing-our-second-ejil-symposium-june-2020-call-for-papers-on-inequality-and-international-law/>

The Military Law and the Law of War Review (Deadline: 5 November 2019)

The Military Law and the Law of War Review / Revue de Droit Militaire et de Droit de la Guerre is a journal specialised in matters of interest for both civilian and military legal advisors as well as legal scholars and academics. Published since 1962, it is among the oldest publications at the international level in the areas of military/security law and the law of war. For decades, the Review has been an important forum of discussion for scholars and practitioners from all over the world. The Review is published under the auspices of the International Society for Military Law and the Law of War. It features original and challenging articles, case notes, commentaries of the latest legal developments, as well as book reviews.

For its coming issue, the Review's editorial board welcomes submissions from scholars and practitioners that come within the broader scope of the Review (including military law, law of armed conflict, law on the use of force, as well as international criminal law and human rights law (inasmuch as related to situations of armed conflict)). The deadline for submission is 5 November 2019. Submissions should be sent by e-mail to [mllwr \[at\] ismllw \[dot\] org](mailto:mllwr@ismllw.org) and will be subject to double-blind peer review. Articles should normally not be longer than 15.000 words (footnotes included), although longer pieces may exceptionally be considered. Inquiries as to whether a possible submission comes within the scope of the Review can be sent to the abovementioned e-mail address. Selected papers will be published online on the Review's website in advance access (in a non-downloadable and non-printable form) as well as on Hein Online following editing and type-setting. The print version of the issue will appear in 2020.

Further information here: <https://www.ismllw.org/REVIEW/mllwr%20SUBMISSIONS.php>

Contested norms of international peace and security law, Max Planck Institute for Comparative Public Law and International Law, Max Planck Research Group Shades of Illegality in International Peace and Security Law, 7-8 May 2020 (Deadline: 24 November 2019)

According to a widely shared perception, we live in times of heightened geopolitical tensions and a crisis of the international system. The German and French Foreign ministers have held, for example, that the entire multilateral system, the cornerstones for international peace and security, are in the most severe crisis since the founding of the United Nations. Despite the prima facie shared crisis diagnosis, there is, however, much less agreement about the nature and consequences of the challenges for peace and security law. In historical perspective, we might even observe a lot more continuity than the crisis narrative suggests. Bringing together International Law and International Relations scholars, this interdisciplinary workshop shall unpack the crisis narrative by zooming in on the contested norms of peace and security law on three levels: Which norms are contested? Where and how do international actors voice and deal with contestation? What are the effects of these contestations on peace and security law as a whole?

1. Contested norms

Although the crisis narrative is ubiquitous, it often remains unclear which norms actually are disputed between international actors and at which level contestation takes place. On the one hand, we observe controversies about specific norms such as the right to self-defence. On the other hand, some states seem to advocate more radical approaches such as “spheres of influence” as alternatives to the universality of the UN Charter. Another possible shift could arguably be the emergence of alternative justificatory systems, such as the reference to “legitimacy” or “acceptability” as benchmarks for assessing and justifying state action, as opposed to strict standards of legality and illegality.

Which norms of peace and security law do states challenge? Is contestation limited to specific norms or do we witness a deeper-rooted contestation of the foundations of the international legal order and novel approaches to multilateralism and sovereignty? Is international law as such losing relevance as a yardstick for assessing state action?

2. Forums and modes of contestation

International actors voice contestation in different forums and through changing modes of contestation – varying in their formality, politicisation and legalisation. Arguably the last two decades saw in particular the emergence of a new practice of the Security Council which neither authorized certain interventions nor clearly labelled them as illegal. In doing so, the Security Council created a veil of ambiguity which allows states to invoke peace and security law even where no substantive consensus on concepts such as self-defence exists. Moreover, where institutions are under increasing pressure, new forms of international cooperation are likely to emerge.

In which forums does contestation take place and how are modes of contestation changing? What is the role of new modes of crisis management both within and outside existing institutions?

3. Contestation and its effects: stability, change, erosion?

The current alleged crisis of peace and security law is often equated with the weakening of its norms. Yet, the diagnosis of the death of the prohibition of force, for instance, is almost as old as the norm itself. On the one hand, contestation does not necessarily weaken peace and security law, but it can also help to foster renewed agreement and stabilise, or even strengthen, international norms. On the other hand, the establishment of new, arguably lower, thresholds prohibiting low-intensity use of force or the resort to non-legal (political/legitimacy-related) justifications might lead to hollowing out the norms of peace and security law.

Are we observing a weakening of the norms of peace and security law? Under which conditions does contestation lead to their strengthening? What are the effects of more flexible interpretations of peace and security law or non-legal and cynical justifications of the use of force?

The Max Planck Research Group “Shades of Illegality” invites submissions on the contestation of international law, which address peace and security related issues along the lines of these themes and questions. The workshop aims to bringing together international legal scholarship on peace and security law, including on specific norms and conflicts, on the sources of the law and its development, with International Relations research on the contestation of norms, institutional reactions to crises, and the robustness of international

norms. We particularly welcome contributions which zoom out of the current crisis narrative and compare recent developments with prior phases of heightened tensions.

Submission procedure

We invite scholars to submit abstracts of no more than 500 words by 24 November 2019 via email to shades-project@mpil.de. We will notify the selected participants by 20 December 2019. Papers should be submitted by 20 April 2020. We welcome both, fully-fledged papers (no more than 10.000 words including references) and shorter contributions of around 5000 words which address the workshop themes.

Organisation

The two-day workshop will take place at the Max Planck Institute in Heidelberg and begin on Thursday, 7 May 2020 at 11.00 am. We will provide for accommodation for presenting participants. There is limited funding available to cover travel costs. Please indicate whether you require funding when submitting your abstract. The workshop is organised by Christian Marxsen (marxsen@mpil.de) and Max Lesch (lesch@mpil.de). If there are any further questions do not hesitate to contact us.

For further information on the Max Planck Research Group visit www.shadesofillegality.org.

Further information here: <https://www.shadesofillegality.org/en/topic/9.links.html?id=4>

Glasginburgh 2020 - International Law and Distribution: Sustainable Development, Security, and the Governance of Resources, University of Edinburgh & University of Glasgow, Glasgow, 8 - 9 June 2020 (Deadline: 30 November 2019)

In April 2019 the University of Edinburgh hosted 'Edingow' – the inaugural conference marking a new collaboration between the University of Edinburgh and the University of Glasgow in the field of International Law. This call for papers is for Glasginburgh 2020 – the second conference in this series – to be held at the University of Glasgow on Monday 8th – Tuesday 9th of June 2020.

Questions of how goods and resources are to be distributed between competing social factions have traditionally been regarded as a matter for domestic politicians to grapple with, rather than a matter for international lawyers. As a discipline that purports to be principally concerned with adjudicating relations between sovereign states, many would argue that international law has—or at least should have—a limited role to play with regards to the determination of distributional concerns. It may be true that many of the powers and competences for taking decisions on distributional issues still reside with sovereign states, and it is certainly true that the domestic plane is where many people consider that the locus of responsibility for decisions affecting the economy and access to resources should reside. However, as the dramatic developments in geo-political relations in recent years would attest, the 'mission creep' of international law into matters than many citizens feel ought to be determined within state boundaries is something that international lawyers must respond to.

Our aim in this conference is to explore the relationship between international law and questions of “distribution” – broadly conceived. The Sustainable Development Goals (SDGs) commit the international community to working towards an agenda of eradicating poverty and hunger; to effecting massive improvements in health, sanitation, and education; to combating climate change; and to achieving greater equality. Achieving this agenda necessitates engagement with questions of how best to pursue sustainable economic development, and how to (re)distribute natural, economic and political resources at a global level, in a way that does not lead to violence, environmental degradation and social exclusion. Distributional issues and competing claims on resources also lie at the root of many conflicts worldwide—conflicts that international lawyers are seeking to prevent and to mediate. This two-day event will promote a dialogue about the myriad ways in which current ‘distributions’ inform or even determine the development of international law, and how, in turn, the practices of international legal institutions may impact upon distributions of income, resources, and power in the world.

We welcome applications from the critical, doctrinal and visionary traditions of international law that would enable a serious scholarly reflection on this topic. Proposals for panels and roundtables on topical themes will be considered, and we are also eager to receive submissions from postgraduate students.

We are particularly interested to receive applications in the following areas:

- International law and the governance of natural resources
- Socio-economic rights at the bilateral, regional and global levels
- Distribution of power within, and by international institutions
- International economic law, development, and distribution
- Distributive effects of knowledge production in international law
- Distributive impacts of the climate change regime
- Access to water and the distribution of water-based resources in international law
- Conflict, security and distributional issues
- Theoretical reflections about distributive role of international law
- Self-determination, nationality and distributions of territory
- SDGs and the sources of international law
- The MDG/SDG Agenda in the UN reform process
- The triple nexus of humanitarian aid, development, & peace-building

The event is free of charge, but participants will be expected to cover their own accommodation and travel costs to Glasgow.

We are currently exploring funding options with the hope that we may be able to extend a limited number of small grants to presenters travelling from the Global South. Please indicate in your application if you require such assistance and whether you would be able to attend without it or having received partial support only.

Abstracts of 500 words should be sent to the email account glasginburgh@gmail.com by 30th November 2019.

If submitting a panel proposal, please submit a 300 words overview of the panel and include the relevant abstracts in your submission.

Selected presenters will be informed by 31 January 2020.

Further information here: <https://gcils.org/call-for-papers-glasginburgh-2020-international-law-and-distribution-sustainable-development-security-and-the-governance-of-resources/>

Palestine Yearbook of International Law (Deadline: 30 November 2019)

The Palestine Yearbook of International Law (PYBIL) has opened an invitation for an additional round of submissions for Volume XXII. We welcome general submissions related to public international law. We are interested in particular in critical approaches to international law, and welcome submissions in relation to Palestine. This peer-reviewed volume would include articles, case commentaries, and book reviews.

Articles should not exceed 12,000 words, including footnotes. Submissions to the general Articles section will be reviewed by the editorial board in addition to anonymous review by external experts to assess their quality and contribution to academic debates.

Case commentaries should not exceed 5,000 words, including footnotes. Commentaries should discuss significant and relevant jurisprudential developments, whether in international law tribunals or in domestic courts that are pertinent to international law.

Book reviews should not exceed 3,000 words, including footnotes. Book reviews would critically engage with recent international law publications. PYBIL is also happy to receive review essays that examine several books. Review essays should not exceed 5,000 words, including footnotes.

Authors who would like their articles to be considered for Volume XXII (published in 2020) should submit them by 30 November 2019. Articles submitted at a later stage will be considered for Volume XXIII (published in 2021).

For a list of previous volumes, please visit <https://brill.com/view/serial/PYIL>. The contact address for submission is: iol.pyil@birzeit.edu. For queries about submissions, please email Dr. Nimer Sultany, Editor-in-Chief at ns30@soas.ac.uk or Mr. Ata Hindi and Ms. Reem al-Botmeh, Assistant Editors at iol.pyil@birzeit.edu.

7th RMLNLU International Legal Essay Writing Competition, Dr. Ram Manohar Lohiya National University, Lucknow, in collaboration with Centre for Trade and Investment Law, Indian Institute of Foreign Trade (Deadline: 2 February 2020)

The Journal Committee at Dr. Ram Manohar Lohiya National University, Lucknow, in collaboration with Centre for Trade and Investment Law, Indian Institute of Foreign Trade is organising RMLNLU- CTIL Conference on International Trade Law (7th RMLNLU International Legal Essay Writing Competition) on February 02, 2020.

THEMES:

1. Policy Proposals for Export-Led Growth in Compliance with WTO Law

Exports continue to be a significant part of the virtuous cycle of growth required to propel India to become a 5 trillion USD economy. This emphasis on export-led growth has manifested itself in many government policies such as the “Make in India” initiative as well as other “buy-local” provisions which stipulate local content requirements in government procurement. However, schemes which incentivise exports need to be consistent with India’s obligations as a member of the World Trade Organization (“WTO”). India’s measures

have been and continue to be susceptible to challenges in the binding, automatic and rule-based Dispute Settlement system of the WTO. For instance, the terms of National Solar Mission, by which India had imposed a local content requirement on solar companies as a prerequisite for benefitting from the program, were held to violate the National Treatment Principle of the GATT 1994.

Formulating innovative WTO-compliant solutions to incentivise Indian manufacturing is the need of the hour. In this context, participants are invited to formulate and suggest broad contours of Indian policies which can help India achieve the goal of export-led economic growth. Essays can explore the experience of other WTO Members who have been successful in fostering pioneering industries in compliance with WTO Agreements and the application of such policies to India. Further, essays can critically analyse current Indian policies and suggest modifications to ensure WTO-consistency which would not, ideally, compromise the incentives provided to a domestic industry. Essays which successfully synthesise legal analysis with the experience of domestic industries in various sectors will be preferred. To this end, multi-disciplinary approaches are encouraged but are not a necessity. Participants are encouraged to consider the entire gamut of regulations of the WTO, including rules on goods, subsidies, trade-related investment measures and technical standards.

2. Legal Dimensions of Agrarian Distress and International Economic Law

Agrarian distress has proven to be a persistent policy conundrum for the Government of India. The provisional data with the National Crime Records Bureau shows that 11,370 farmers committed suicides in the year 2016. In response to the public outcry, the Government has not released any data subsequently. Agrarian distress is a multi-faceted problem caused primarily due to lack of remunerative prices, poor rural infrastructure, absence of logistical support and regulatory restrictions on the free movement of agricultural goods.

Unfortunately, the range of policy options that the Government of India can utilise is limited by the stringent conditions of the WTO's Agreement on Agriculture ("AoA"). The AoA limits the quantum of price support that can be provided by India and allows certain classes of domestic support. As India heralds into an age where it has achieved food security, the time has come to re-think the policy prescriptions for agriculture so that there can be a renewed focus on livelihood security of Indian farmers. This re-alignment is also incentivised by external factors. Indian agricultural policies have been under attack at the WTO, in terms of disputes which have been initiated as well as counter-notifications in the Committee of Agriculture. Further, depleting ground water levels and the resource-intensive nature of Indian agriculture have raised serious environmental concerns regarding the sustainability of Indian agricultural practices.

Early signs of change in policy by the Government are the emphasis in direct benefit transfer to Indian farmers as well as NITI-Aayog, India's premier research organisation, suggesting that archaic legislation which limit stocking and selling of agricultural products be repealed. At a broader level, the role of the government in fixing the price of many agricultural staples is being questioned due to market inefficiencies. In this context, participants are invited to formulate and suggest modifications to the current prevailing agricultural policies to meet challenges such as livelihood security of Indian farmers as well as climate change. Essays can treat policy recommendations of international organisation and think-tanks such as the Food and Agricultural Organization and the Indian Council for Research on International Economic Relations as an inflection point for further analysis. Further, participants can analyse the policies adopted by other WTO Members to boost agricultural production in compliance with WTO. Scholars are also encouraged to look beyond the covered agreements of the

WTO to explore other international legal norms which may be relevant to Indian agricultural policy. Alternatively, essays can also choose to critique existing regulations governing Indian agriculture in light of India's commitments under international law. Essays which ground their analysis on specific prevailing realities of Indian agriculture will be preferred over essays which provide broad and over-arching recommendations.

ELIGIBILITY

Authors must be pursuing their 5-year integrated LL.B. (Hons.) course / 3-year LL.B. course / LL.M. from any recognised university in India and equivalent undergraduate law degree, abroad for the academic year of 2019-2020, to be eligible to participate in the Competition.

STRUCTURE

All entries will be judged and ranked by the Centre for Trade and Investment Law and Journal Committee. A maximum of five entries will be selected after an intense review procedure for presenting their essays in the conference. The participants may adopt any suitable means for presenting the papers including audio-visual aids, such as PowerPoint presentation.

The selected entries shall be published in the RMLNLU Law Review Blog. The top three essays will be conferred with rewards.

PARTICIPATION GUIDELINES

- Co-authorship of entries (maximum two) among individuals from the same or different institutions is allowed.
- Multiple entries for same authors are not allowed.
- A participant may submit an entry related to ONE sub-theme ONLY. One may not juxtapose sub-themes in an entry
- Entries should be original, unpublished and non-plagiarised.

Note: Authors whose papers are selected for presentation in the conference shall be required to pay an amount INR 750 for single author entries and INR 1000 for co-authored entries.

SUBMISSION GUIDELINES

- Word Limit: 4000-5000 words (excluding footnotes).
- Individual Attachments: Name; contact details; current academic status (Year, University etc.); undertaking as to guarantee of originality

Formatting specifications:

- Font and size for the essay: Times New Roman | 12
- Font and size for footnotes: Times New Roman | 10
- Line spacing: 1.5
- Citation Style: Uniform style of citation should be followed throughout the essay.
- The file name must consist only of the author's name.
- Entries should be emailed to rilec.rmlnlu@gmail.com under the subject title "Entry for 7th RILEC - [Name(s) of Author(s)]" in Microsoft Word (.doc or .docx) format.

The last date for the submission of soft copies is 17th November, 2019.

MISCELLANEOUS RULES

- The copyright for all entries shall vest with the organisers who herewith reserve the right to modify, postpone or defer the competition and its adjudication indefinitely as and when exigencies of an unforeseen nature may arise.
- Any attempt, direct or indirect, to contact the panel of judges will be met with the immediate disqualification of the relevant entry.
- Any indication of author's name or university in the entry shall lead to immediate disqualification from the competition.

PRIZES

- Winner - INR 15,000
- First Runner Up - INR 10,000
- Second Runner Up - INR 5,000

Top three entries will be receiving a 'certificate of achievement' and an opportunity to intern at Centre for Trade and Investment Law, New Delhi.

A 'certificate of merit' shall be provided to the selected entries.

Selected entries will be published on 'The RMLNLU Law Review Blog'.

All participants shall be receiving a 'certificate of participation'.

CONTACT

Write us at rmlnlu@gmail.com or prakhar.ctil@iift.edu in case of queries.

You may also reach us through the phone.

Parimal Kashyap: +91 7048906930

Ahkam Khan: +91 8957771066

Anmol Adhrit: +91 8825314318

Click here to know more about the competition:

<https://rmlnlulawreview.com/2019/08/22/call-for-entries-rmlnlu-ctil-conference-on-international-trade-law-february-02-2020/>

Click here to read the brochure of the competition:

https://drive.google.com/file/d/15D8zyPazi8CTx_Zlfc7OScipFIFsgalO/view

Humanitäres Völkerrecht: "Wirtschaft und Menschenrechte", Humanitäres Völkerrecht / Journal of International Law of Peace and Armed Conflict (Bewerbungsschluss: 15. Januar 2020)

Das Redaktionskollegium lädt Autoren und Autorinnen zur Einsendung von Beiträgen zur Veröffentlichung in der ersten Ausgabe des Jahres 2020 ein.

Die wissenschaftliche Fachzeitschrift Humanitäres Völkerrecht / Journal of International Law of Peace and Armed Conflict (HuV / JILPAC) widmet sich juristischen Fragestellungen gegenwärtiger bewaffneter Konflikte und behandelt die vielfältigen und aktuellen Aspekte des humanitären Völkerrechts und seiner Nachbargebiete, des internationalen Menschenrechtsschutzes, des Völkerstrafrechts sowie der praktischen Herausforderungen von humanitärer Hilfe und Friedenseinsätzen. Die Fachzeitschrift HuV veröffentlicht englisch- wie deutschsprachige Artikel, Stellungnahmen, Urteilsbesprechungen, Rezensionen und Konferenzberichte, die aktuelle Ereignisse und zukünftige Entwicklungen analysieren.

Wir laden zur Einsendung von Beiträgen zu den folgenden Themen ein:

- Wirtschaft und Menschenrechte;
- Unternehmensverantwortung für Verstöße gegen humanitäres Völkerrecht;
- gesetzliche und freiwillige Regulierungen, insbesondere im Lebensmittel- und Textilsektor

Wir begrüßen gleichermaßen Beiträge, die in den allgemeinen inhaltlichen Schwerpunkt der HuV fallen. Beiträge können in deutscher und englischer Sprache eingereicht werden. Zudem begrüßen wir Konferenzberichte, Buchbesprechungen (auf Anfrage) sowie Urteilsbesprechungen. Weitere Autorenhinweise finden sich auf der Webseite des IFHV und des Berliner Wissenschafts-Verlags.

Alle Beiträge werden im Rahmen eines Peer-Review-Verfahrens durch die Mitglieder des Redaktionskollegiums und des Beirats eingehend geprüft.

Diese Ausgabe der HuV wird von Prof. Dr. Pierre Thielbörger (Ruhr-Universität Bochum) und Associate Prof. Dr. Khalid Ibrahim Talahma (Universität Birzeit) herausgegeben. Unterstützt wird die Ausgabe durch die Arab German Young Academy (AGYA).

Kontakt: ifhv-publications@rub.de, laura.hofmann@rub.de

Webseite: <https://elibrary.bwv-verlag.de/journal/huv>

Mehr Informationen hier: http://www.ifhv.de/documents/huv/huv_cfp_2020.pdf

IV. Konferenzen, Workshops und Summer Schools

Winter school on federalism and governance, Institute for Comparative Federalism of Eurac Research, Bolzano/Bozen, the Faculty of Law and the Faculty of Social and Political Sciences of the University of Innsbruck, 17-28 February 2020 (Deadline: 11 October 2019)

The Institute for Comparative Federalism of Eurac Research, Bolzano/Bozen, the Faculty of Law and the Faculty of Social and Political Sciences of the University of Innsbruck proudly announce the 11th edition of their joint programme, the WINTER SCHOOL ON FEDERALISM AND GOVERNANCE 2020.

The Winter School is a cross-border postgraduate programme located in the heart of the Alps under the auspices of the Secretary General of the Council of Europe.

The 2020 edition will focus on "FEDERALISM AND LANGUAGE"

Dates and venues

The first week (17 - 21 February) takes place at the Faculty of Law and the Faculty of Social and Political Sciences, Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, Austria;

The second week (24 - 28 February) takes place at the Institute for Comparative Federalism, Eurac Research, Bolzano/Bozen, Italy.

The Winter School is designed for participants from all nationalities who wish to broaden their knowledge of federalism and multilevel governance through an interdisciplinary and comparative approach. We welcome applications from post-docs, postgraduate & graduate students, researchers, civil servants, employees of national/international organizations or NGOs. The Winter School explores how federalism can contribute to multilevel, integrated and pluralistic decision-making. It is a unique opportunity to receive training on theoretical and practical aspects of federalism and governance.

Deadline for applications: 11 October 2019, 23:59 CEST

To apply and further information here: <https://winterschool.eurac.edu>

Tagung: Materiale Gleichheit, Forschungszentrum „Normative Ordnungen“, Goethe Universität, Frankfurt am Main, 14. und 15. November 2019 (Anmeldeschluss: 15. Oktober 2019)

Das Ringen um Gleichheitsverständnisse prägt aktuelle Auseinandersetzungen im nationalen, supranationalen und internationalen Recht. Zu einem rein formalen tritt ein materiales Gleichheitsverständnis. In historischen Kämpfen wird tatsächliche Gleichbehandlung eingefordert, wobei Hierarchien innerhalb diskriminierter Personengruppen sichtbar werden – Ungleichbehandlung ist immer schon intersektional.

Materiale Gleichheitskonzepte stellen die Rechtswissenschaft vor große methodische Herausforderungen, denn hier rücken die Auswirkungen von Normen auf die Lebenswirklichkeit betroffener Personengruppen in den Blick. Eine rein rechtsinterne,

normzentrierte Betrachtung muss sich deswegen gegenüber nachbarwissenschaftlichen Wissensbeständen öffnen.

Die Tagung bringt Rechts- und Sozialwissenschaften, Geschichte und Philosophie miteinander ins Gespräch und entfaltet so die Komplexität eines materialen Gleichheitsverständnisses und der mit ihm verbundenen neuen dogmatischen Figuren.

Anmeldung

Per Email unter hommel@jur.uni-frankfurt.de

Anmeldefrist: 15.10.2019

Eine vorherige verbindliche Anmeldung ist Voraussetzung für die Tagungsteilnahme. Sollte der Bedarf nach Kinderbetreuung bestehen, bitten wir um einen möglichst frühzeitigen Hinweis.

Die Teilnehmer_innenzahl ist begrenzt.

Mehr Informationen hier:

<https://www.normativeorders.net/de/veranstaltungen/alleveranstaltungen/69-veranstaltungen/7390-materiale-gleichheit>

Conference on European Private International Law, Aarhus University, Denmark 14-16 May 2020 (Deadline early bird: 15 November 2019)

Since the entry into force of the Treaty of Amsterdam in 1999, the European Union has adopted an impressive number of regulations in the field of Private International Law. As a result, Private International Law has gradually become a truly European discipline. However, a truly pan-European forum to discuss issues of European Private International Law is still missing. Following a conference in Berlin in 2018, a group of Private International Law scholars from all over Europe, therefore, decided to establish a European Association of Private International Law (EAPIL).

The Association will be founded in 2019 and its founding celebrated at a conference to be held at Aarhus University, Denmark, from 14 to 16 May 2020. The conference will bring together academics and practitioners from all over Europe and provide a unique opportunity to talk and think about European Private International Law in a pan-European fashion. Topics to be discussed will include the effects and the challenges of digitalization, the problems of fragmentation as well as other challenges the discipline is currently facing.

Confirmed speakers are:

- Marie-Élodie Ancel (Université Paris-Est Créteil)
- Francisco Garcimartín-Alfárez (Autonomous University of Madrid)
- Burkhard Hess (Max Planck Institute Luxemburg)
- Thalia Kruger (University of Antwerp)
- Matthias Lehmann (University of Bonn)
- Ralf Michaels (Max Planck Institute Hamburg)
- Peter Arnt Nielsen (Copenhagen Business School)
- Haris Pamboukis (University of Athens)
- Gian Paolo Romano (University of Geneva)
- Marta Pertegás Sender (University of Maastricht)

- Maciej Szpunar (Court of Justice of the European Union)
- Andreas Stein (European Commission)
- Christiane Wendehorst (University of Vienna)

If you are interested in attending, please register via the conference website (<http://law.au.dk/forskning/konferencer/eapil2020/>). For any other questions, please get in touch with the local organizer, Morten M. Fogt (mmf@law.au.dk).

Registration

You have two registration options - either early bird registration before 15 November 2019 at a price of DKK600 (Euro 80) or registration after 15 November 2019 at a price of DKK750 (Euro 100). Furthermore, you are very welcome to sign up for the conference dinner at a price of DKK375 (Euro 50).

Information about the European Association of Private International Law (EAPIL) including information about how to join will soon be made available.

Further information here: <https://law.au.dk/en/research/conferences/eapil2020/>

Socially Responsible Foreign Investment under International Law, Católica|Lisbon School of Law and Católica Global School of Law, 24-25 October (registration open)

Católica|Lisbon School of Law and Católica Global School of Law will host the international conference on Socially Responsible Foreign Investment under International Law.

The event will take place at the Lisbon campus of the Catholic University of Portugal next 24 and 25 of October.

Entrance is free and registration is required through the online form (<https://fd.lisboa.ucp.pt/conference-socially-responsible-foreign-investment-under-international-law>).

The program can be found here: <https://fd.lisboa.ucp.pt/asset/5391/file>

Further information can be found here: <https://fd.lisboa.ucp.pt/events/conference-socially-responsible-foreign-investment-under-international-law-11776>

The individual in International law, Max Planck Institute for Comparative Public Law and International Law, 25-26 June 2020 (Deadline: 30 November 2019)

The interrelationship between international law and the individual has been the subject of a great and growing interest by scholars in recent years. In many or most of international law's subfields and specialisms, the appropriate relationship between the interests of individuals and those of other actors is the subject of important debates. On the other hand, we are currently witnessing a return to statist principles in the debate and practice of international

law, with an emphasis on sovereignty, territory, and boundaries. Human rights and the idea of rights more generally are under attack. Yet the analyses conducted of the individual's position remain, in the main, examinations of the positive law. A number of questions thus remain to be answered which go beyond the individual's treatment by various fields of international law in the present moment, in particular from the perspectives of history and theory.

On the 25th-26th June 2020, an international workshop will be convened by Professor Anne Peters and Dr Tom Sparks at the Max Planck Society's premier conference venue, Berlin's Harnack-Haus. Selected scholars will present and discuss their papers on topics relating to the individual in the history and theory of international law (a draft list of topics and speakers is included below). These papers will subsequently be published as an edited volume under the same title.

A limited number of places are available for engaged listeners, who will participate in the workshop as audience members and commentators (not as speakers). The organisers would like to extend a warm invitation to participate to all those with an interest in the topics to be discussed, in particular history of law, history of ideas, jurisprudence and legal theory, and critical approaches to (international) law.

If you are interested in participating in the workshop as an engaged listener and thus in contributing to our discussions, please send an application with a short letter of motivation (maximum 400 words) explaining your interest in the conference and any links to your current research, together with an up-to-date CV, to Ms Anette Kreuzfeld and Dr Tom Sparks, c/o apeters-office@mpil.de. We particularly welcome applications from early-career scholars, including current doctoral students, and from scholars working in institutions in the global south.

The deadline for applications is 30th November 2019. Successful applicants will be notified before 20th December 2019.

Participation in the workshop is free of charge, but will in general be at the expense of the participant. Admitted engaged listeners will need to cover the costs of their own accommodation and to arrange their own travel, and are strongly advised to do this early.

Thanks to the generous support of the Fritz Thyssen Stiftung für Wissenschaftsförderung we have a small amount of funding available to contribute to the travel and accommodation costs of a strictly limited number of scholars taking part in the workshop as engaged listeners. Due to our intention to facilitate the attendance of early-career scholars and those without access to funding, we kindly ask those that are able to do so to cover their own costs.

Date and Time

The workshop will take place from 09.00-18.00 on the 25th-26th June, 2020. There will be an informal pre-conference get-together for speakers and engaged listeners on 24th June.

Venue

Harnack-Haus, Ihnstraße 16-20, 14195 Berlin, Germany <http://www.harnackhaus-berlin.mpg.de/2316/en>

Provisional list of Topics and Speakers

(note: a confirmed programme with speakers and titles will be available online ahead of the workshop)

The Individual and International Law in Historical Perspective

- International Law in Antiquity – Dr Eleanor Cowan, University of Sydney
- International Law 500-1500 – Dr Dante Fedele, KU Leuven/Professor Alain Wijffels, KU Leuven
- International Law 1500-1648 – Dr Francesca Iurlaro, University of Milan
- International Law 1648-1789 – Dr Mark Somos, MPIL Heidelberg
- International Law 1789-1914 – Dr Inge Van Hulle, University of Tilburg
- International Law 1918-1945 – Professor Umut Özsü, Carleton University

The Individual in the Theory of International Law

- The Individual in Contemporary International Legal Positivism – Professor Gleider Hernández, KU Leuven
- The Individual in Contemporary Natural Law: Sacred Natural Law – Professor Rafael Domingo, Emory University
- The Individual in Contemporary Natural Law: Secular Natural Law – Dr Tom Sparks, MPIL Heidelberg
- The Individual in Third World Approaches to International Law – Professor B.S. Chimni, Jawaharlal Nehru University (Emeritus)
- The Individual in Feminist Approaches to International Law – Dr Ruth Houghton, Newcastle University
- The Individual in Marxist Approaches to International Law – Dr Ntina Tzouvala, University of Melbourne
- The Individual in Global Law – Professor Ludovic Hennebel, Aix-Marseille/Ms Alice Monicat, Aix-Marseille
- The Individual in the Constitutionalisation of International Law – Professor Başak Çalı, Hertie School of Governance
- The Individual in Law and Economics – Professor Anne van Aaken, University of Hamburg
- The Individual in Anthropological Approaches to International Law – Professor Miia Halme-Tuomisaari, University of Helsinki

For updated information on the workshop, see here:

<https://www.mpil.de/en/pub/research/areas/public-international-law/the-individual-in-international-law>

Winter Academy: Due diligence as master key to responsible business conduct, T.M.C. Asser Instituut, 27-31 January 2020 (registration open; with fee)

The work of John Ruggie as UN Special Representative on business & human rights was prolific and has had a transformative impact on the regulatory choices taken at various levels to tackle the human rights responsibilities of corporations. In particular, the second pillar of his UN Guiding Principles on Business and Human Rights (UNGPs), endorsed unanimously by the Human Rights Council in June 2011, has had a long-lasting influence.

More specifically, this second pillar popularised the concept of human rights due diligence as the central process that businesses need to introduce in order to abide by their responsibility to respect human rights. From thereon, the concept was transplanted into a

variety of regulatory instruments, such as the OECD Guidelines on Multinational Enterprises or the French law on the *devoir de vigilance*. Thus, it became the touchstone of the debates related to responsible business conduct and a primary demand by civil society organisations pushing for stricter regulations of transnational corporations.

Building on this year's winter academy focused on the UNGPs, the 2020 edition will dive deeper into 'the pillar of the second pillar': human rights due diligence. We will retrace the genealogy of the concept, investigate its theoretical underpinnings, and provide the participants with a comprehensive understanding of its practical operation through specific case studies conducted by experienced practitioners. Through a blending of theory and practice, we equip our participants with the necessary knowledge and know-how to engage with the growing practice of due diligence in their daily work at NGOs, corporations, administrations or in academia.

The Winter Academy is an advanced education programme developed by the Asser Institute in the framework of its Doing Business *Right* project furthering fundamental research and public debates on the responsibilities of businesses in times of globalisation. It is a platform for (future) business and human rights professionals to meet and exchange on the latest developments in the field with a team of hand-picked lecturers.

More information here: <https://www.asser.nl/education-events/events/?id=3086>

CLEER Winter Academy: EU External Policies and Instruments & Asylum and Migration, T.M.C. Asser Instituut & Centre for the Law of EU External Relations (CLEER), The Hague, 17-21 February 2019 (registration open; with fee)

For the first time, the T.M.C. Asser Institute and CLEER are organising the CLEER winter academy in February 2020. The winter academy is a one-week training course split into two focal parts. Part one runs for the first two days (17 & 18 February), and it will focus on EU external policies and instruments. The second part of the training will run for the remaining three days and it focuses on EU asylum and migration issues.

Why should you attend?

The CLEER winter academy offers interactive lectures delivered by renowned academic experts as well as workshops led by experienced practitioners. The programme combines training sessions focusing on developing both knowledge-domain knowledge and skills, thereby enabling participants to gain first-hand experience of how theory is transformed into practice.

The programme offers:

- Extensive knowledge of the core instruments forming the foundations of the EU's external action.
- Deep understanding of the legal and policy issues in the field of EU Asylum and Migration policies.
- Stimulating debates on current EU external policy challenges such as EU representation in external fora, EU enlargement policies, as well as challenges pertaining to the current EU asylum and migration policies.

- Strengthening of analytical, presentation and critical thinking skills through the analysis of case-studies and simulation activities.
- Networking opportunities with other participants as well as leading academic experts and practitioners.

In addition to the various interactive sessions and workshops, the training course offers e-coaching and evaluation sessions after the end of the course.

Part 1: EU external policies and instruments (17 and 18 February, 2020)

The Treaty of Lisbon provided the EU with new competencies and instruments for its foreign policy. For students, civil servants, diplomats and representatives of NGOs it is, therefore, necessary to keep abreast of these competencies and instruments and the way they have developed in practice. Besides this, the development of networking and stakeholder analysis are important skills in this policy area.

What will you learn?

- The present and future challenges and developments in EU foreign policymaking.
- Get insight into the most important legal cases of the EU as a diplomatic player and learn how external policies of the EU are organised internally.
- Understand the role of the High Representative and the role of the EU towards other international organisations, like the UN, OESO and WTO.
- Acquire the necessary tools and skills to be able to influence EU policymaking at the earliest possible stage.

Target Group

- Students, civil servants, representatives of NGO's and diplomats with an academic background or practical experience in law, political science or international relations.

Part 2: Asylum and migration (19, 20, 21 February, 2020)

Asylum and migration policies are a shared competence of the EU and the Member States and these are amongst the most sensitive policy areas since they touch upon issues of national sovereignty, free movement of persons, border control and management and the capacity to absorb a massive influx of asylum seekers. After the disastrous year of 2015, when thousands of migrants lost their lives crossing the Mediterranean, it became clear that the existing policies, like the Dublin Regulation, were no longer sufficient to deal with the massive inflow of migrants. As a result, a controversial deal was concluded with Turkey to stop the influx through this route, an agreement was reached about the relocation of immigrants and most recently, the EU created an autonomous border control capacity of 1500 men. This training course offers insight and understanding of the present asylum- and migration policies of the EU, the Schengen area, border management, the role and competences of Frontex and new and future policy initiatives, instruments and challenges.

What will you learn?

- Learn about the existing framework of EU asylum and migration law.
- Get insight on the lessons learned and current challenges in the current EU asylum and migration policies.

- Compare and analyse national implementations and best practices within different EU member states.
- Understand the Common European Asylum System (Dublin Regulation, Qualification Directive, Reception conditions).

Target group

- Students, civil servants, representatives of NGO's and diplomats who are actually involved in EU asylum- and migration policies or who will be involved in the nearby future and have basic knowledge of this policy area.

Practical information and fees

Participants have the option to register for and attend the full one-week training course, or choose one of the two parts to attend.

Fee full week: € 1295

Fee EU external policies and instruments (2 days): €495

Fee Asylum and migration (3 days): €775

For inquiries on registration and the programme, please contact educationtraining@asser.nl

More information here: <https://www.asser.nl/education-events/events/?id=3090>

V. Sonstiges / Lehre

ESIL Teaching Corner

Seit Kurzem verfügt die Europäische Gesellschaft für Völkerrecht (European Society of International Law / Société européenne de droit international) über den sogenannten Teaching-Corner. Der Teaching-Corner ist eine Online-Plattform, auf der ESIL-Mitglieder Syllabi, Leselisten und andere Unterrichtsmaterialien austauschen können.

Wir haben den Teaching-Corner entwickelt, um uns gegenseitig beim Aufbau von Vorlesungen zu unterstützen und um innovative Lehre in Europa und darüber hinaus zu fördern. Je mehr ESIL-Mitglieder Materialien in den Teaching-Corner hochladen, desto nützlicher wird die Website sein. Materialien in anderen Sprachen als Englisch sind ausdrücklich erwünscht. Zudem sind besonders Syllabi zu Themen willkommen, zu denen es möglicherweise (noch) nicht viele Vorlesungen gibt; oder Veranstaltungen, welche durch innovative Prüfungsformen evaluiert werden.

Um einen Syllabus im Teaching-Corner zugänglich zu machen, müssen Sie nur ein Formular ausfüllen, grundlegende Informationen über die Veranstaltung angeben und Ihr Dokument hochladen.

Selbstverständlich gehören alle Gedanken und Meinungen, die in den Dokumenten zum Ausdruck kommen, ausschließlich dem Autor/der Autorin und nicht der Europäischen Gesellschaft für Völkerrecht oder ihrem Vorstand. ESIL wird keine der geteilten Texte überprüfen oder bearbeiten; ebenso wenig kann ESIL die Qualität der geteilten Syllabi garantieren. Es handelt sich ausschließlich um eine Ressource, die angeboten wird, um die Vorbereitung von Lehrmaterialien zu erleichtern.

Um sich im Teaching-Corner einzuloggen, müssen Sie ESIL-Mitglied sein. Besuchen Sie die ESIL-Website <https://esil-sedi.eu/> und klicken auf die Registerkarte ganz rechts.

Falls Sie seit längerem ESIL-Mitglied sind, haben Sie am 18. März 2009 eine E-Mail mit dem Passwort erhalten. Falls Sie die E-Mail mit den Logindaten verloren haben oder Neumitglied sind und das Passwort noch nicht kennen, kontaktieren Sie bitte esil.secretariat@eui.eu.

Evelyne Schmid und Gleider Hernandez (Vorstandsmitglieder ESIL)

Impressum

Diese Mitteilungen wurden vom Newsletterteam des Arbeitskreises junger Völkerrechtswissenschaftler*innen (AjV) erstellt. Diese Informationen sind auch online in der Service-Rubrik des Völkerrechtsblogs unter <http://voelkerrechtsblog.org/> abrufbar und werden dort regelmäßig aktualisiert.

Hinweise auf Veranstaltungen, Stellenausschreibungen, Call for Papers und Konferenzen nimmt das AjV-Newsletterteam gerne unter ajvnewsletterredaktion@gmail.com entgegen.

Der Völkerrechtsblog als Projekt des AjV stellt eine Plattform dar, auf der regelmäßig Beiträge zu völkerrechtlichen Themen veröffentlicht und diskutiert werden. Die Mitglieder der DGIR sind herzlich dazu eingeladen, sich durch Blog-Posts und Diskussionsbeiträge zu beteiligen. Blog-Posts werden gerne unter ajv.kontakt@gmail.com entgegengenommen.

Datenschutz

Ihre Mailadresse wird in unserer Newsletter-Liste geführt. Sollten Sie nicht mehr auf dieser Liste geführt werden wollen und keine Mitteilungen mehr von der DGIR erhalten wollen, dann senden Sie bitte eine leere E-Mail mit dem Betreff „Unsubscribe DGIR Mitteilungen“ an apeters-office@mpil.de. Wenn Sie jedoch weiter auf der Liste geführt werden wollen, ist keine Reaktion nötig.